

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 3.00 Mark monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Donnerstag, den 2. August 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

In Flandern wiederum Feuerschlacht.

Balfour und Ribot.

Der englische Minister des Aeußern Balfour hat im Unterhaus eine vorsichtige und kluge Rede gehalten. Eine vorsichtige Rede, weil sie sich, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, der Festlegung auf bestimmte Kriegsziele widersetzt...

Küffällig ist überhaupt die zarte Schonung, die der englische Minister Oesterreich angeheihen läßt. Von einer Zerstückelung dieses Staates ist nicht mehr die Rede. Man hat in der letzten Zeit wiederholt mit einem gewissen über-treibenden Optimismus Oesterreich eine Brücke genannt...

Die Rede Balfours läßt einen unüberbrückbaren Gegen-satz zwischen England und Deutschland nicht erkennen. Der unüberbrückbare Gegensatz, der sich dennoch in ihr offenbart, ist kein deutsch-englischer, sondern ein deutsch-französischer. Und hier ist auch der Punkt, an dem Balfours Rede jene diplomatische Vorsicht vermissen läßt, die sie sonst auszeichnet.

Den Kommentar dazu, sofern er noch erforderlich war, hat die Erklärung Ribots geliefert, die die Leser weiter unten abgedruckt finden. Die Ziele des französisch-russischen Geheimvertrages, die Michaelis jüngst enthüllt hat, verschwimmen hier in Nebel, desto schärfer tritt das eine ent-scheidende Kriegsziel Frankreichs in den Vordergrund: Elsaß-Lothringen. Der englische Minister des Aeußern will sich in seiner Stellung zu den Kriegszielen nicht binden lassen; hier aber ist er gebunden, und was er über Elsaß-Lothringen sagte, muß er sagen, wenn er nicht den Keim des Zwiespalts in die Koalition tragen wollte, an deren Spitze England steht.

Hat er es leichten Herzens getan? Das Nachspiel der kurzen Debatte, die sich seiner Rede anschloß, läßt daran zweifeln. Denn auf den Vorwurf Poincarés, er habe auf die elsass-lothringische Frage großen und ungebühr-lichen Nachdruck gelegt, antwortete Balfour, man dürfe nicht sagen, daß er auf einen besonderen Gegenstand un-gewöhnlichen Nachdruck gelegt habe. Ist nun die Erwerbung Elsaß-Lothringens durch Frankreich die Bedingung, ohne deren Erfüllung England überhaupt keinen Frieden schließen will, oder ist sie es nicht?

Frankreich aber hält mit zähem Eigensinn an seiner Forderung fest und bietet so das Bild eines Landes, das dem Spielteufel des Annerionismus scheinbar rettungslos zum Opfer gefallen ist. So tief hat sich der Wahnsinn einge-gesessen, daß auch die Sozialisten ihm keinerlei Widerstand leisten. Und doch muß sich Frankreich sagen, daß es jetzt drei Jahre lang vergeblich um Elsaß-Lothringen gekämpft hat, daß es dieses Land nicht nehmen kann, solange Deutschland nicht geschlagen ist, und Deutschland ist — das wissen die Franzosen ganz gut — nicht geschlagen. Kein Zeichen spricht dafür, daß der angekündigte Endsieg nahe ist, vielmehr sprechen zahlreiche Zeichen dafür, daß der Weg, der zu ihm führt, noch immer ebenso endlos wie un-sicher ist.

bleibt Elsaß-Lothringen deutsch, so wird es nach dem Kriege freier Bundesstaat in einem demokratischen Deutsch-land sein. Das ist eine Tatsache, die wir im Kampf um Elsaß-Lothringen gar nicht weit genug in den Vordergrund stellen können. Das Schicksal, das dieses deutsche Land im Rahmen des Deutschen Reiches zu erwarten hat, ist nicht so grausam, daß sich zu seiner Bestreitung die Welt verbluten müßte. Wir verteidigen Elsaß-Lothringen politisch um so besser, je mehr wir uns beeceln, seine freie Zukunft sicherzustellen.

Auf der andern Seite ist es überaus fraglich, ob die zwei Millionen elsässischer „Voxes“ sehr angenehme Er-sahrungen machen würden, wenn der erste Tag des Friedens sie als französische — aber zum größten Teil gar nicht fran-zösisch versiehende — Republikaner wiederfände.

Herr Ribot hat in seiner Erklärung auch die Angelegen-heit des sogenannten Potsdamer Kronrats vom 5. Juli 1914 berührt. Es ist vielleicht ganz gut, daß auch diese Sache einmal zur Sprache gebracht worden ist, wenn auch das amtliche Dementi, das wir gestern veröffentlichten,

Der englische Massensturm zwischen Noord-schoote und Warneton gescheitert. — Bir-schoote nicht dauernd gehalten. — Kämpfe bei Filain, La Bobelle und an der Straße Malancourt-Esnes. — Fortschritte am Dnjestr, in der Bukowina, in den Wald-karpathen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 1. August 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die große Schlacht in Flandern hat begonnen: eine der ge-waltigsten des heute erfolgsverheißend zu Ende gehenden dritten Kriegsjahres.

Mit Massen, wie sie bisher an keiner Stelle dieses Krieges, auch nicht im Osten von Brussilow, eingesetzt wurden, griff der Engländer und in seinem Geolge der Franzose gestern auf 25 Kilometer breiter Front zwischen Noord-schoote und Warneton an. Ihr Ziel war ein hohes: es galt einen vernichtenden Schlag zu führen gegen die „U-Boot-Fest“, die von der flandrischen Küste aus Englands Seeherrschaft untergräbt.

Eng geballte Angriffswellen dicht aufgeschlossener Divisionen folgten einander, zahlreiche Panzerkraftwagen und Kavallerie-verbände griffen ein. Mit ungeheurer Wucht drang der Feind nach dem 14tägigen Artilleriekampf, der sich am frühesten Morgen des 31. Juli zum Trommelfeuer gesteigert hatte, in unsere Ab-wehrzone ein. Er überrannte in einigen Abschnitten unsere in Trichterstellungen liegenden Linien und gewann an einzelnen Stellen vorübergehend beträchtlich an Boden.

In ungefümmen Gegenangriff warfen sich unsere Reserven dem Feinde entgegen und drängten ihn in tagsüber währenden, erbitterten Nahkämpfen aus unserer Kampfzone wieder hinaus oder in das vordere Trichtersfeld zurück. Nördlich und nordöst-lich von Ypern liegt das vom Gegner behauptete Trichtersfeld tiefer; hier konnte Bir-schoote nicht dauernd gehalten werden.

Abends auf breiter Front von neuem vordringende Angriffe brachten keine Wendung zu des Feindes Gunsten; sie scheiterten vor unserer neu gesicherten Kampflinie.

Unsere Truppen melden hohe blutige Verluste der kein Opfer scheuenden Gegner.

Die glänzende Tapferkeit und Stoßkraft unserer Infanterie und Pioniere, das todesmutige Ausharren und die vortreffliche Wirkung der Artillerie, Maschinengewehre und Minenwerfer, die Kühnheit der Flieger und treueste Pflichten Erfüllung der Nachrichten-truppen und anderen Hilfswaffen, in Sonderheit auch die ziel-bewusste, ruhige Führung boten für den uns günstigen Abschluß des Schlachttages sichere Gewähr.

Voll Stolz auf die eigene Leistung und den großen Erfolg, an dem jeder Staat und Stamm des Deutschen Reiches Anteil hat, sehen Führer und Truppen den zu erwartenden weiteren Kämpfen zuversichtlich entgegen.

Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin-des-Dames erschöpften die Franzosen erneut ihre Kräfte in viermaligen, vergeblichen Ansturm gegen unsere voll behaupteten Stellungen südlich von Filain.

Weiter östlich brachte die kampfbewährte weisfälische 13. In-fanterie-Division dem Feinde wieder eine erhebliche Schlappe bei. In freischem Draufgehen entriß die Regimentier nach kurzer ver-herrender Feuernorbereitung den Franzosen das Grabengewir auf der Hochfläche südlich des Gehöfts La Bobelle. Ueber 1500

Gefangene, von denen eine große Zahl durch Sturmtruppen aus der Schlacht nordöstlich von Troyon geholt wurden, fielen in unsere Hand. Erst abends setzten feindliche Gegenangriffe ein, die in den erreichten Linien abgewiesen wurden.

Auf dem westlichen Maas-Ufer führten tapfere badi-sche Bataillone die kürzlich an den Feind verlorene Stellung beider-seits der Straße Malancourt-Esnes wieder. In mehr als 2 Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe wurden die Franzosen dort zurückgeworfen. Ueber 500 Gefangene konnten eingebracht werden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Seceresgruppe des Generaloberst v. Boehm-Ermolli.

Unsere nördlich des Dnjestr nach Südosten vordringenden Truppen drängten den Feind, der sich hinter dem Villi-Bach zum Kampf gestellt hatte, in den Flußwinkel von Chotin zurück.

Zwischen Dnjestr und Pruth durchbrach eine Stoßgruppe russische Stellungen an der Bahn Horodena-Cernowik, während ihr Südfügel starke Entlastungsangriffe bei Zwankow abwehrte.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

An den nördöstlichen Vorbergen und im mittleren Teil der Waldkarpathen gewannen deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen in Angriffsgesetzten zähe verteidigte Talsperren.

Am Ugr. Cassinini wiesen Gebirgstruppen mehrere Angriffe des Feindes ab.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin. Amtlich. 1. August 1917 abends.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern hat sich nach ruhigem Morgen der Feuerkampf nachmittags wieder ge-steigert.

Im Osten wichtige Fortschritte in Richtung auf Czernowik.

Der österreichische Bericht.

Wien, 1. August 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Cassin-Zales brachen abermals heftige Angriffe des Feindes zusammen. Das Exzeller Infanterie-Regiment Nr. 32 kämpft hier mit bewährter Kraft. Im Gebiet der Dreiländer-Ecke gingen unsere Truppen überraschend gegen die von den Russen besetzten Höhen vor. Der Gegner wurde geworfen.

In der südlichen Bukowina sind wir im Vordringen auf Rimpolung.

Südwestlich und nordwestlich von Czernowik wurde erneuter, durch Gegenstöße gestützter Widerstand des Feindes, in heftigen Kämpfen gebrochen; die Russen weichen. Auch im Mündungswinkel des Szbrucz erzielten die Verbündeten weitere Fortschritte.

Italienischer und Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

auf deutsche Gemüter einigermaßen erschütternd wirkt. Also, dieser berühmte Kronrat hat nicht stattgefunden, und die leitenden Stellen Deutschlands haben auch nicht gewußt, was in dem österreichischen Ultimatum stand. Sie überließen sich vertrauensvoll der ungarischen Führung. — Wir haben nicht den geringsten Anlaß, an der Richtigkeit der amtlichen Erklärung zu zweifeln, möchten sie sogar nach unserer Kenntnis der Dinge bestätigen, und behalten uns vor, daraus weitere Schlüsse zu ziehen, die gerade nicht für die Vortref-flichkeit des Regierungssystems sprechen, unter dem das Un-wahrscheinlichste Ereignis werden konnte.

Da die Welt dies Unwahrscheinlichste nicht glauben wollte, hat sie sich die Legende von dem Krieg um die Welt Herrschaft konstruiert, in den Deutschland in bewußter Absicht und mit offenen Augen hineingegangen sei, und in dieser Legende hat der Potsdamer Kronrat, in dem alles beschloffen worden sein soll, eine große Rolle gespielt. Aber dies alles ist Erfindung. Von einem Krieg um die Welt Herrschaft kann keine Rede sein, von bewußter Absicht auch nicht, und von offenen Augen erst recht nicht.

Ribot über die Enthüllungen des Reichskanzlers.

Um Elsaß-Lothringen!

Paris, 31. Juli. (Gavas.) Die Erklärungen, die Mi-nisterpräsident Ribot in der Kammer abgab, hatten folgenden Wortlaut:

Der deutsche Reichskanzler hat sich erlaubt, öffentlich an die französische Regierung die Aufforderung zu richten, zu erklären, ob sie in der Geheimhaltung am 1. Juli der Kammer nicht von einem Geheimvertrage Kenntnis gegeben habe, der am Vorabend der russischen Revolution abgeschlossen wurde und durch den sich der Zar verpflichtete, unsere Ansprüche auf die deutschen Gebiete links vom Rhein zu unterstützen. Die Erklärung des Kanzlers enthält indessen große Ungenauigkeiten und wirtliche Lügen, besonders bezüglich der Rolle, die er Poincaré zuteilt, daß dieser Befehl gegeben habe, den Vertrag ohne Wissen Briand's zu unterzeichnen. Die Kammer wissen, wie die Ereignisse sich abgepielt haben. Infolge seiner Unterhaltung mit dem Baron

erbat und erhielt Doumergue von Briand die Ermächtigung, Akt zu nehmen, von den

Versprechen des Zaren,

unsere Zurückforderung in bezug auf Elsass-Lothringen, das uns gewaltsam entziffen ist, zu unterstützen und uns freie Hand zu lassen in der Aufhebung von Garantien gegen jeden neuen Angriff. Nicht durch Annexion der linksrheinischen Gebiete für Frankreich, sondern dadurch, daß wir im Notfall aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat machen, der uns so wie Belgien gegen Einfälle von der anderen Rheinseite schützen sollte. Wir haben niemals daran gedacht, das zu tun, was Bismarck im Jahre 1871 getan hat. Wir haben daher das Recht, der Behauptung des deutschen Kanzlers ein förmliches Dementi entgegenzusetzen.

Der Kanzler kennt offensichtlich den Text der Briefe, die wir im Februar 1917 mit Petersburg gewechselt haben und hat sich erlaubt, deren Sinn zu fälschen, wie es der berühmteste seiner Vorgänger mit der Emser Depesche getan hat. Wir werden am dem Tage, an dem es die russische Regierung für gut halten wird, diese Briefe zu veröffentlichen, keinerlei Einwendung dagegen machen.

Andererseits hat sich der deutsche Kanzler natürlich wohl gebüht, etwas von den Erklärungen zu sagen, die ich am 21. März abgegeben habe und durch die ich im Namen Frankreichs jede Politik der Eroberungen und gewaltsamen Annexionen verabschiedet habe. Der deutsche Kanzler hat absichtlich die Rede vergessen, die ich am 22. Mai in der Kammer gehalten habe und in der ich erklärte, daß wir bereit wären, in eine Unterhaltung mit Rußland über die Kriegsziele einzutreten, und daß, wenn das deutsche Volk, dem wir nicht das Recht zu leben und sich zu entwickeln bestreiten, begreifen würde, daß wir einen auf die Rechte der Völker gegründeten Frieden wollen, ein Friedensschluß dadurch bedeutsam erleichtert würde. Er hat mit Stillschweigen die Tagesordnung übergegangen, die nach der Geheimhaltung vom 1. bis zum 5. Juni einstimmig angenommen wurde. Als ich diese Tagesordnung unterstützte, sagte ich, daß wir nicht eine Politik der Eroberung oder Unterwerfung verfolgen. Das liegt nicht in der französischen Politik.

Aber das konnte die Politik sein, deren gesamte Anfänge und deren verderblichen Schlag wir auszuhalten hatten. Ja, wir haben unter dem Druck dieser Politik 25 Jahre gekämpft und die Vergeltung, die wir heute über uns, ist nicht eine Vergeltung der Unterdrückung ist eine Vergeltung, die darin besteht, die Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichgewicht, wie Frankreich sie hat, ins Völkerecht umzusetzen. Lassen wir uns nicht täuschen durch Formeln. Wir kennen ihre Absichten gut, sie möchten die Demokratie der Welt verwirren, sie glauben machen, daß wir Leute sind, die Eroberungen suchen. Nein, wir suchen Recht und Gerechtigkeit.

Wir wollen diese Provinzen wiedernehmen.

die niemals aufgehört haben, französisch zu sein. Sie waren es durch ihren Willen, denn sie haben sich Frankreich gegeben. Im Verlauf der großen Revolution von 1790 sind sie zum Prätorat gekommen und haben Frankreich ihren Beitritt erklärt. Seitdem haben sie ein französisches Leben gelebt, sind sie ein Teil Frankreichs gewesen und als sie uns entziffen worden sind, haben wir alle gefühlt, daß diesem edlen Frankreich etwas fehlte. Sie müssen zu Frankreich zurückkommen, weil sie zu ihm gehören, weil sie nicht zu denen gehören, die sie nicht, wie wir es getan haben, durch Ueberredung genommen haben, sondern durch Gewalt, durch das harte Recht des Krieges, das wir verabschieden. Wir wollen nicht diese gewaltsamen Annexionen, wir wollen einfach Zurückforderung dessen, was uns gehört.

Ribot erinnerte dann an die Worte der Tagesordnung, welche die Kammer als Folge der Geheimhaltung vom 1. bis 5. Juni angenommen hat und sagte weiter: Man mag jetzt der Welt zu sagen, daß wir Annexionen wollen. Das ist ein zu plummes Manöver, als daß jemand sich dadurch täuschen ließe und besonders die demokratischen Massen des russischen Volkes, die man vergebens von ihren Verbündeten zu trennen sucht, indem man sie über die wahren Gefühle der französischen Demokratie täuscht. Was will der Kanzler? Er sucht die Schwierigkeiten zu verbergen, die er empfindet, um die Kriegsziele Deutschlands festzusetzen und die Bedingungen, unter denen er Frieden machen würde. Er sucht besonders die Aufmerksamkeit von der schrecklichen Verantwortung abzuwenden, die auf dem Gewissen des deutschen Kaisers und seiner Ratgeber lastet. Am Tage nach der Veröffentlichung der Beschlüsse, die am 3. Juli in der Potsdam abgehaltenen Beratung gefaßt wurden, wo alle Konsequenzen des an Serbien abzusendenden Ultimatus ins Auge gefaßt wurden, des Ultimatus, aus dem der Krieg entstehen mußte, am Tage nach der Veröffentlichung verfuhr der Kanzler diese Ablenkung. Es ist eine gewisse Unverschämtheit, wenn man derartige Verantwortung hat, Rechenschaft über unsere Absichten zu verlangen.

Ohnehin wenden wir uns nicht an Deutschland, sondern an alle diejenigen, die als Zeugen oder Mitwirkende dieses Kampfes, den wir seit drei Jahren aushalten, wissen, daß im Grunde der Seele des französischen Volkes eine tiefe Anhänglichkeit an die Grundzüge der Gerechtigkeit, an die Achtung vor dem Völkerecht und, ich kann es sagen auf die Gefahr hin, von unseren Feinden nicht verstanden zu werden, an wahre Großmut lebt.

Die Erklärung wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und fand zu wiederholten Malen den einmütigen Beifall der Kammer. Der Erklärung folgte keine Erörterung.

Dazu erläßt W. L. D. folgende Veröffentlichung:

Der französische Ministerpräsident hat sich nunmehr doch dazu entschließen müssen, sich über die geheimen Abmachungen zu äußern, die zwischen der Poincaristischen und der zarischen Regierung über deutsches Elsass abgeschlossen worden sind. Herr Ribot geht um die Aktenstücke, deren baldige Veröffentlichung er bereits vor einigen Monaten versprochen hatte, noch immer vorsichtig herum. Aber er kann nicht umhin, zuzugeben, daß die geheimen Abmachungen Frankreich die Unterstützung seiner Regierben auf Elsass-Lothringen und die übrigen linksrheinischen Gebiete Deutschlands zugesichert haben. Daß unser rheinisches Land nicht gänzlich annektiert werden, sondern, soweit dies Frankreich paßt, nur zu einem französischen Pufferstaat werde soll, nehmen wir zur Kenntnis. Zum ersten Male wird also von der Tribüne der französischen Kammer amtlich eingestanden, wie weit die französischen in Verträgen formulierten Wünsche reichen. Mit keinem Wort ist Herr Ribot von diesen Plänen der Zerstückelung und Vererbung Deutschlands abgerückt. Und doch mag er, den Mitteilungen des Reichskanzlers ein „förmliches Dementi“ entgegenzusetzen! Danach mag man ermeinen, was Worte eines französischen Ministerpräsidenten wert sind.

Herr Ribot kommt in seiner Rede auch auf die falschen Behauptungen über einen Anstrich am 5. Juli zurück. Wir haben diese Legende bereits gestern zertrümmert. Es ist nichts Wahres an dieser Geschichte, mit der Herr Ribot vergebens von dem geheimen Hauptvertrag abzuwenden sucht.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Uebereinstimmung in der Friedenspolitik.

Wien, 1. August. (Wiener Telegr.-Korr.-Bur.) Der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis hat den heutigen Vormittag in Besprechungen mit dem Minister des Äußeren Grafen Czernin zugebracht, welche am Nachmittag fortgesetzt wurden und bis in die Abendstunden dauerten. — In diesen Besprechungen nahmen auch der deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen v. Stumm und der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin Prinz Hohenlohe teil.

Daß Dr. Michaelis und Graf Czernin in den großen, grundlegenden politischen Fragen eines Sinnes sind, erhellt aus ihren sich grundtätig deckenden Reden, welche sie am 28. Juli unabhängig voneinander vor Pressevertretern gehalten haben. Mit Rücksicht hierauf konnte Dr. Michaelis seine Anwesenheit in Wien dazu benutzen, um sich über die Gesamtheit der sonstigen politischen und wirtschaftlichen Fragen im einzelnen zu unterrichten, welche im Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des gegenwärtigen Krieges bestehen. Die Unterredungen der beiden Leiter der auswärtigen Politik der verbündeten Mittelmächte haben auch auf diesem Gebiet zur erneuten Festlegung der gemeinsam zu verfolgenden Richtlinien geführt.

„Die Pforte für einen wirklichen Verständigungsfrieden.“

Macdonald über die Resolution des Reichstags.

Bern, 1. August. Macdonald führte bei Begründung seiner Entschlossenheit im Unterhaus am 26. Juli aus, wiewohl der Reichstag leider keine Kontrolle über Ministeranstellungen und keine direkte Verantwortlichkeit für die Politik des Landes habe, sei er dennoch die Vertretung des deutschen Volkes. Von einer großen Mehrheit der deutschen Volksvertreter angenommene Entschlüsse, wie die in Frage stehende, seien der Ausdruck der Meinung des deutschen Volkes. Sonderbarerweise habe die englische Presse Gewicht auf die Kanzlerrede gelegt, während die deutsche Presse den Nachdruck auf die Entschlüsse legte. Der Premierminister aber habe sie in seiner neulichen Rede in der Lucenhalle nicht einmal erwähnt. Der Redner betonte, solche inoffizielle, ohne Mitwirkung der amtlichen Stellen abgegebene Erklärungen des Volkes seien die Pforte für einen wirklichen Verständigungsfrieden, den wohl fraglos die britische Regierung ebenfalls lieber wolle als einen diplomatischen Notbehelf oder einen militärischen Waffenstillstand.

Die Deutschen begreifen offenbar die Ueberzeugung, daß sie einen Verteidigungskrieg führten, glaubten, daß wirtschaftliche Eiferjucht der Grund des Krieges sei, und hätten Grund für ihr Mißtrauen angesichts der Teilnahme Englands an den Beschlüssen der Pariser Konferenz, die ganz offen zeigte, daß Deutschland nach dem Kriege erdrückt werden solle. Derartige Mißverständnisse müßten beseitigt werden, wenn der Frieden ein wirklicher Frieden werden solle. Ferner müsse England infolge der russischen Revolution seine Kriegsziele ändern, denn Rußland sei nicht mehr der Genosse der Kriegsziele von ebendem. Die britische Regierung habe seit Kriegsausbruch Abkommen mit Italien und Rumänien geschlossen, von denen das Land nichts wisse, wiewohl sie außerhalb des Landes offen besprochen würden. Die Regierung solle Tatsachen angeben und beweisen, daß zwischen den moralischen Erklärungen und den während des Kriegsverlaufs abgeschlossenen Verträgen kein Widerspruch bestehe.

Stockholm.

Der Beschluß der Engländer.

Stockholm, 31. Juli. „Socialdemokraten“ berichtet: Auf den Vorschlag der russischen Abordnung und im Einverständnis mit dem ausführenden Ausschuss des Labour Party hat der Ausschuss aller englischen Sozialisten und Arbeitergruppen beschlossen:

1. Am 10. August, dem Tage nach der Zusammenkunft der Entente-Sozialisten, einen englischen Kongress einzuberufen, der die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beschließen und Vertreter dafür wählen soll.
2. nach Annahme dieses Beschlusses am 15. August nach Stockholm zu fahren,
3. einen Aufschub der Konferenz auf den 22. August vorzuschlagen.

Damit scheint die Teilnahme der Engländer gesichert.

London, 1. August. (Neuermeldung.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Blackpool, daß in einer Versammlung des Textilarbeiterverbandes beschlossen wurde, für die Teilnahme an der internationalen Konferenz in Stockholm zu stimmen. Es werden infolgedessen auf der Londoner Konferenz, die nächste Woche abgehalten werden soll, die Stimmen einer Viertelmillion Textilarbeiter zugunsten der Beschlüsse der Stockholmer Konferenz abgegeben werden.

Rosanoff über Kanzler und Reichstag.

Das Stockholmer Bulletin des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht folgenden Artikel Wladimir Rosanoffs: „Wir Sozialdemokraten waren immer der Ansicht, daß der Krieg seine Entscheidung auf der inneren Front des politischen Kampfes haben wird, im Innern des Landes also, und nicht an dessen Grenzen. Von diesem Standpunkte aus betrachtet sind die letzten Ereignisse in Deutschland als einen großen Schritt zum Frieden.“

Der Reichstag hat in namentlicher Abstimmung eine Friedensformel angenommen, die freilich nicht vollständig mit der unsrigen zusammenfällt. Die Polen scheinen in ihr das Selbstbestimmungsrecht der Nation zu vermissen. Wir wollen die Formel nicht kritisieren. Eine mehr oder weniger kunstvolle Formel herauszufinden, ist die unehliche Beschäftigung der Diplomaten, die entweder nichts zu sagen haben oder sich nicht entschließen können, Worte durch Taten zu erweisen.

Für uns sind nicht Worte wichtig, sondern der Wunsch nach dem Frieden. Abg. v. Payer hat gesagt: „Ein Friedensangebot soll die Resolution nicht sein.“ Was soll sie denn sein? Scheidemann sagte, sie soll eine Richtlinie für den neuen Kanzler werden. „Es kann keinen Reichskanzler geben, der nicht im Sinne unserer Entschlüsse handelt. Wir aller Zweideutigkeit ist es zu Ende.“ Das ist sehr gut gesagt, leider aber hat es der Kanzler unterlassen, sich zu dieser Resolution expressis verbis (in ausdrücklichen Worten) zu bekennen. Der Kanzler hat vom Frieden in anderen Ausdrücken gesprochen. Die Frage bleibt also offen: was müssen wir als Deutschlands Willen ansehen? Die Rede des Kanzlers über

die Resolution des Reichstags? Gewiß ist es der Reichstag und nicht der Kanzler, der die Meinung ausspricht. Die Macht aber ist in den Händen des Kanzlers und nicht in denen des Reichstags. Scheidemann hat ausdrücklich die Verantwortlichkeit des Ministeriums verlangt. Der Abg. Payer begnügt sich mit der Frage über die geringe Fühlung zwischen Regierung und Parlament. Und meint, diesen Uebelstand durch die Berufung bewährter Kräfte aus dem Parlament zu überwinden. Abg. v. Payer, Vertreter der Partei, welche die Rolle eines weichen Zements zwischen dem Zentrum und der sozialdemokratischen Partei spielt, hat eine Mittellinie gefunden, indem er sagte: „Wir müssen eine solche Parlamentarisierung schaffen.“ Was ist aber eigentlich die deutsche „Parlamentarisierung“? Wir haben früher viel von einem „deutschen Frieden“, der eigentlich kein Frieden war, sondern Krieg, gehört. Soll die deutsche Parlamentarisierung auch keine Parlamentarisierung, sondern ein unverantwortliches Ministerium sein? Diese Erfindung des Abg. v. Payer können wir schwerlich zu den glücklichsten rechnen. Im Gegenteil, wir denken über die deutsche Parlamentarisierung das selbe, was Heine über die jüdische Religion meinte, als er sagte, daß es eigentlich keine Religion, sondern ein Unglück sei.

Wir sind weit davon entfernt, die innere Krise in Deutschland zu verhöhn. Die Sache ist für den Frieden viel zu ernst und viel zu wichtig. Der Friede wird um so näher sein, je mehr die Völker auf die äußere Politik mehr Einfluß gewinnen werden. Wir stimmen vollständig der Meinung des Abg. v. Payer bei, wenn er sagte, daß „den Frieden weniger die Regierung als die Völker abschließen haben“, wir lehnen nur die zweite Hälfte des Absatzes ab, nämlich die Worte: „vorbehaltlich aller Kompetenzen der Regierungen“.

Im allgemeinen sagt uns die Reichstagsbeschlüsse viel eher, daß die Krise in Deutschland ausgebrochen, als daß sie zu Ende ist. Denn alle Fragen waren gestellt, aber keine einzige wurde gelöst. Wir sind an der Demokratisierung in Deutschland aufs lebhafteste interessiert, als Nachbarn, als Europäer, als Sozialisten und Revolutionäre und endlich als ein Volk, das aufrichtig einen baldigen Frieden wünscht. Aber eben deshalb, weil wir dafür ein so aufrichtiges Interesse haben, teilen wir die Befürchtungen des Herrn Borst im „Berliner Tageblatt“ darüber, daß der progressive Block im Reichstag die Fehler des progressiven Blocks der Reichsduma wiederholt. Die Zeit der Reden ist vorüber, jetzt heißt es handeln.

Herr Borst hat bei all seinen sehr passenden Analogien noch die eine vergessen. In der vierten Duma war eine kleine Gruppe, die außerhalb des progressiven Blocks stand und darum als Quantité négligeable von den Mehrheitsparteien betrachtet wurde. Diese Gruppe zählte unter ihren Mitgliedern solche Namen wie Kerenski und Tschaidse. Wird nicht eine ähnliche Ungerechtigkeit der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gegenüber ausgeübt? Ganz kameradschaftlich möchten wir den „Vorwärts“ daran erinnern.“

Diese Schlußbemerkung Rosanoffs ist uns vollkommen unklar. Niemand hat versucht, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei von der Mitarbeit an der Reichstagsresolution und an der Lösung der Krise fernzuhalten, wie ja auch — ganz nebenbei bemerkt — die Stockholmer Delegation der Deutschen Sozialdemokratie sich für die Zulassung aller sozialistischen Parteien zur Konferenz ausgesprochen hat, während nun der französische Parteivorstand die Ausschließung der Zimmerwalder verlangt und dadurch wieder einmal der Konferenz einen Stein auf den Weg wälzt. Aber es ist doch so, daß die Unabhängigen sich selbst ausschalten und beiseitegehen — selbst wenn es sich um eine Aktion für den annekstionslosen Frieden handelt, wie bei dem Reichstagsbeschlusse. Und merkwürdig, wo sie hingehen, da treffen sich die Unabhängigen dann mit den Konservativen und Rationalliberalen, den annekstionsistischen Imperialisten.

Parlamentarisierung in Oesterreich.

Wien, 31. Juli. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet: Dr. v. Seidler teilte am Nachmittag im Parlament den Parteiführern mit, daß er mit der Bildung eines endgültigen Kabinetts betraut worden sei.

Wiener Blätter bringen bereits ausführliche Ministerlisten, die aber auf Gültigkeit noch keinen Anspruch erheben können. Das „endgültige Kabinett“, das an die Stelle der Beamtensregierung tritt, soll aus Parlamentariern gebildet werden.

Der Ausbau des polnischen Staates.

Warschau, 31. Juli. Amtlich wird hier mitgeteilt: Die bekannt, haben in den letzten Tagen zwischen den deutschen und den österreichisch-ungarischen Delegierten hier Verhandlungen über den vom vorläufigen Staatsrat gemachten Vorschlag betreffend die vorläufige Organisation der polnischen obersten Staatsbehörden stattgefunden. Die Verhandlungen haben zu einer vollen Uebereinstimmung der Ansichten unter den Delegierten geführt. Die vereinbarten Entwürfe sind den beiderseitigen Regierungen mitgeteilt worden. Hiernach steht zu erwarten, daß in nächster Zeit ein bedeutender Schritt zum weiteren Ausbau des polnischen Staates erfolgen wird.

Für den Frieden im Unterhaus.

Bern, 31. Juli. In der Unterhausdebatte am 26. Juli führte Snowden aus, nach der Rede Bonar Laws habe es den Anschein, als ob die britische Regierung mehr als jede andere einem baldigen Friedensschlusse im Wege stehe. Die Regierung behauptet, daß er und seine pazifistischen Freunde in einer Welt der Unwirksamkeit lebten, aber das treffe auf die Regierung zu. Sie wisse nichts von den Ansichten Tausender von Briten und nichts von dem Wechsel in den Ansichten der Soldaten. Wenn die Regierung irgend etwas über die französische Armee wüßte, so würde ihr bekannt sein, daß die Soldaten praktisch die Heeresleitung in die Hand genommen hätten. Sie lechneten es ab, den Befehlen zu gehorchen. Jeder einfichtsbolle Franzose werde ihr sagen, daß, wenn der Krieg noch viel länger dauere, Frankreich dasselbe haben werde wie Rußland, nämlich die Revolution. Es bestehe keine Hoffnung, daß in zwölf Monaten die militärische Lage besser sein werde als jetzt. Nur werde eine weitere Million Menschenleben dahingepflegt und die Staatsschuld um weitere zwei oder drei Milliarden Pfund vergrößert sein. Im Namen der Menschheit forderte er, daß der Krieg jetzt beendet werde.

Der Liberale Lees Smith brückte sein Bedauern darüber aus, daß Asquith keine der vom Reichstag gestellten Fragen beantwortet habe. Redner fragte, ob der Leiter der Liberalen Partei den Grundsatz „Keine Annexionen“ auf die deutschen Kolonien angewenden bereit sei, und betonte, es würde eine Schande sein, wenn das Land, das angab, um der Gerechtigkeit willen in den Krieg einzutreten, mit einer Gebietserweiterung von einer Million Quadratmeilen aus dem Krieg herauskomme. Nichts habe das deutsche Volk so geirrt und den deutschen Militarismus so gestärkt, wie die Anknüpfung des Handelsboikotts und des Wirtschaftskrieges. Wenn die Regierung bei dieser Politik beharre, so treibe sie

direkt in einen neuen Krieg hinein. Kein Volk werde den Handelsboom über sich ergehen lassen. Wenn es wünschenswert sei, daß in Deutschland die Demokratie aufgerichtet werde, so könne es nur durch einen Frieden geschehen, der dem deutschen Volke zeige, daß der Militarismus für seine Sicherheit und seine unantastbaren Rechte unnötig sei.

Die flandrische Infanterieschlacht

Berlin, 1. August. (W. T. S.) Der große Angriff der Westmächte in Flandern erstreckte sich von Nordschote bis an die Lys. Den Nordflügel hatten die Franzosen übernommen, die hier kürzlich die Belgier ablösten. Ueber die Trichterfelder der Abwehrzone vordringend, gelangten die Franzosen über die Straße Ligerne-Dignude bis in das Dorf Vixchoote, das im Gegenangriff wieder genommen wurde. Erst starke französische Kräfte, die am Abend des 31. Juli erneut gegen das Dorf vorgingen, vermochten Vixchoote wieder in französische Hände zu bringen. Die deutsche Linie umflammert den Ort im Osten und Norden.

Den Hauptstoß hatten die Engländer übernommen, die aus dem Raume von Ypern heraus und südlich in nordöstlicher Richtung vorzudringen versuchten. Die Engländer vermochten zwar die eingetrommelten vordersten Stellungen zu überrennen, allein in der Kampfzone des deutschen Verteidigungssystems traf sie mit voller Wucht der deutsche Gegenstoß. Die Engländer wurden aus Langemarck und St. Julien wieder hinausgeworfen und bis hinter den Steenbach zurückgedrängt. Weiter südlich vermochten die Engländer unbedeutenden Raumgewinn zu erzielen. Der Westrand des Herenthage-Waldes wurde behauptet. Von da bis Warneton läuft die augenblickliche erste deutsche Linie teils noch in der alten vordersten Stellung, teils in dicht hinter ihr vorbereiteten Linien. Auch starke Angriffe am Abend des 31. Juli vom Herenthage-Wald bis an die Lys vermochte die Sachlage nicht zu ändern. Nach blutigen Nahkämpfen verblieb die deutsche Stellung im ganzen unverändert.

Eine Unterstützung des großen englischen Angriffs durch die Franzosen ist bisher nur auf dem kurzen flandrischen Frontabschnitt von Nordschote bis Steenstraete erkennbar. An der Aisnefront halten sich die Franzosen auch weiter nur mit Mühe gegenüber den deutschen Teilangriffen. Der deutsche Sturm am 31. Juli um 2 Uhr nachmittags entriß ihnen das ganze Grabensystem in 2 Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe, das die Franzosen noch auf dem Vobersplateau behaupteten. Die gemachten Gefangenen gehören sechs verschiedenen Regimentern an. Französische Gegenangriffe, die bis 11 Uhr nachts anhielten, blieben ebenso erfolglos wie die viermal wiederholten französischen Angriffe südlich Yllain. Auch die deutschen Angriffe auf dem westlichen Maasufer, die, wie gemeldet, französische Gräben in mehr als 2 Kilometer Breite und 700 Meter Tiefe einbrachten, stellen einen vollen deutschen Erfolg dar.

Berlin, 1. August. (W. T. S.) In dem der flandrischen Offensive vorangehenden und sie begleitenden Luftkampf schickten die Engländer alles daran, durch Raffinesse ihrer Fluggeschwader ohne Rücksicht auf Verluste die Ueberlegenheit in der Luft zu erlangen. In großen Höhen suchten die englischen Geschwader sich in geschlossenen starken Verbänden, gleichsam Jgel bildend, über den deutschen Linien und Abschnitten des Hinterlandes zu halten. Infolge der starken Beschichtung und der Angriffe der deutschen Albatros-Flieger, denen es immer wieder gelingt, einzelne Segner vom Gros abzujaugen und herunterzuschleichen, sind die englischen Flugzeugverluste entsprechend hoch. An einem einzigen Tage wurden 28 englische Flieger abgeschossen, an einem anderen vernichtete eine deutsche Jagdstaffel ein ganzes feindliches Geschwader. Die eigenen Verluste an Fliegern und Flugzeugen halten sich in niedrigen Grenzen.

Fliegerangriff auf flandrische Städte.

London, 30. Juli. Die Admiralität teilt mit: Englische Marineflieger warfen Sonnabend nachts mehrere Tonnen Bomben auf Brügge, Thourout, Middelkerke und Ghiselles. Gute Ergebnisse, zahlreiche Explosionen. Die Flugzeuge sind zurückgekehrt.

Notiz: Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß bei diesem Angriff kein militärischer und nur unbedeutender sonstiger Schaden angerichtet worden ist.

Französischer Seeresbericht vom 31. Juli abends. Nachdem unsere Truppen während der Nacht den Uebergang über den Yperkanal bewerkstelligt hatten, griffen sie um 4 Uhr früh in Verbindung mit den englischen Armeen zur rechten an. Gewaltige Artillerievorbereitung hatte die deutschen Gräben vollständig eingeebnet und ließ die Verteidiger schwere Verluste erleiden. Gegen Ende des Vormittags hatten unsere Truppen zwei feindliche Stellungen genommen und in ihrem Vorwärtsschritt gelangten sie unwillkürlich über das bezeichnete Ziel hinaus. Sie rückten auf der Straße von Ligerne nach Dignude vor und nahmen das Dorf Vixchoote und die Schenke von Kotteteri. Unsere Verluste sind sehr gering. Wir erbeuteten wichtiges Gerät und machten Gefangene, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Das mit deutschen Leichen bedeckte Schlachtfeld zeigt die Größe der erlittenen feindlichen Verluste. An der Aisnefront war der Artilleriekampf besonders heftig. Die bis jetzt über die südlich von La Röhère ausgeführte Unternehmung eingegangenen Meldungen heben die vorzügliche Haltung unserer Truppen auf der ganzen Angriffsfront hervor. Nachdem wir die gesteckten Ziele überschritten hatten, konnten wir die vorgeschobenen Gräben, welche wir mit feindlichen Leichen angefüllt gefunden hatten, säubern. Die Zahl der gemachten Gefangenen übersteigt gegenwärtig 210; unsere Verluste sind wenig erheblich. Um 11 Uhr morgens setzte der Feind gegen unsere Gräben westlich von Epine und Ebering einen Angriff an, der abgeschlagen wurde. Nach heftiger Beschichtung unserer Linien von Cerny bis Hurtebise griffen die Deutschen unsere Stellungen östlich von Cerny auf einer Front von ungefähr 1500 Meter mit drei Regimentern an. Aber unsere unmittelbaren Gegenangriffe warfen sie zurück und erlaubten uns auf der ganzen Front vorzurücken. Der Tag verlief auf beiden Maasufern verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht. Während der Nacht beschloß die feindliche Artillerie unsere Lagerplätze mit Geschüßen von großer Tragweite und traf unsere Verbindungswege an verschiedenen Punkten unserer Linien. Unsere Artillerie setzte in der Gegend von Boumen mehrere deutsche Batterien außer Gefecht.

Englischer Seeresbericht vom 31. Juli nachmittags. Im Verein mit Franzosen auf unserer linken Seite griffen wir heute früh um 8 Uhr 50 Minuten auf breiter Front nördlich der Lys an. Die Alliierten nahmen an der ganzen angegriffenen Front die ersten Ziele. Es wird gemeldet, daß sie an allen Punkten befriedigende Fortschritte machen. Eine beträchtliche Zahl von Gefangenen ist bereits gemacht worden. — Abends. Die Unternehmungen der Alliierten in der Gegend von Ypern dauerten heute erfolgreich an. Ungeachtet des ungünstigen Wetters brachen wir in die feindlichen Stellungen ein und jagten unsere Linien auf einer Front von über 15 Meilen (24 Kilometer) von La Vasseville an der Lys bis Steenstraete an der Her vor, beide Dörfer wurden genommen. Die Franzosen, die mit unserer äußersten Linken zusammenwirkten und unsere linke Front deckten, nahmen Steenstraete und durchstießen schnell die deutschen Verteidigungen in einer Tiefe von fast zwei Meilen (etwa 3,2 Kilometer).

Nachdem unsere Truppen die ihnen für den Tag gesteckten Ziele schon zu früher Stunde erreicht hatten, setzten sie mit größter Tapferkeit den Angriff über die ursprünglichen Ziele hinaus fort

und nahmen Vixchoote und die feindlichen Stellungen südöstlich und westlich dieses Dorfes auf einer Front von beinahe 2 1/2 Meilen (etwa 4 Kilometer), darunter die Schenke von Kotteteri. Am Nachmittag wurde ein feindlicher Gegenangriff im Zentrum und links davon erfolgreich abgeklungen. Die britischen Divisionen drangen in einer Tiefe von 2 Meilen (etwa 3,2 Kilometer) in die feindlichen Stellungen ein und setzten sich in den Besitz der Uebergänge über den Steenbeekfluß, was ihr Endziel war. Im Verlauf ihrer Angriffe erstürmten unsere Truppen zwei mächtige Verteidigungssysteme des Feindes und nahmen die Dörfer Verlorenhoeft, Frezenberg, St. Julien und Belchem und viele stark verteidigte Stützpunkte und zur Verteidigung eingerichtete Abschnitte mit stürmender Hand. Weiter südlich, gerade im Zentrum unseres Angriffs, gewannen unsere Truppen alle ihre ersten Ziele, darunter das Dorf Hooge und den Heiligen Wald, kämpften sich dann gegen hartnäckigen Widerstand in schwierigem Gelände in der Umgegend der Straße Ypern—Menin vor und nahmen das Dorf Westhoeft. In dieser Gegend, in der den Tag über schwere Kämpfe stattfanden, die noch andauern, trangen wir durch die feindlichen Verteidigungsanlagen in einer Tiefe von etwa einer Meile (1,6 Kilometer). Eine Anzahl mächtiger Gegenangriffe wurde erfolgreich abgewiesen. Auf der äußersten Rechten südlich der Straße Hillebeke—Handvoorde erreichten unsere Truppen früh am Tage ihre Ziele und nahmen die Dörfer La Vasseville und Hollebeke. Angeföhren von schweren Verlusten, die wir dem Feinde beibrachten, sind bereits über 3500 Gefangene eingebracht worden. Eine genaue Angabe der Gefangenenzahl ist noch nicht möglich.

Die Vorwärtsbewegung am Dnjestr und Pruth.

Berlin, 1. August. (W. T. S.) Im Flußwinkel zwischen Zbrucz und Dajestr ist die Linie Zalesie—Wienica erreicht. Vortruppen säuberten die Höhen bei Sawarow-Nachowic. Zwischen Dnjestr und Pruth konnte starker russischer Widerstand das Vordringen der Verbündeten nicht aufhalten. Die beherrschenden Höhen südöstlich Castana wurden erstürmt. Auch beiderseits des Pruth gab der bisherige zähe Widerstand der Russen dem Druck der Verbündeten nach. Im Karpatenwald erreicht die deutsch-österreichisch-ungarische Vormarsh die Ortschaften Rega am Oberlauf des Kleinen Sereth und Paltin im Suczawa-Tal. Nördlich des oberen Putnatales wurden starke Angriffe abgewiesen und die Höhen nördlich Lepja erstürmt. Die Route der Verbündeten wächst ständig. Unter anderem wurde viel rollendes Material, Lokomotiven und mit Kriegs- und technischem Gerät beladene Eisenbahnwagen auf der Strecke nach Czernowit erbeutet.

Wien, 31. Juli. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: Abwärts Stala ist zwischen Zbrucz und Dnjestr bis auf ein Dreieck von zwölf Kilometer Breite und etwa fünfzehn Kilometer Tiefe alles Land in unseren Händen. Unsere Truppen stehen nunmehr einen starken Tagmarsh westwärts von Czernowit. Auch vom Süden her setzt die Umfassung der Verbündeten an. Die sich aus den Waldkarpaten vordringenden österreichischen und ungarischen Truppen kommen allmählich aus den schwierigen Geländebedingungen des Mittelgebirges in die günstigeren des Berg- und Hügellandes, was ein rascheres Fortschreiten der Operationen ermöglicht. In Wignit erbeuteten wir sechs Lokomotiven und achtzig hauptsächlich mit technischem Material beladene Eisenbahnwagen. Wenn auch der Feind in der Bukowina mit großer Zähigkeit und Hartnäckigkeit Widerstand zu leisten versucht, so ist es doch dem Heldennutze der vorkommenden Heereskörper der Verbündeten gelungen, nahezu ein Drittel dieses Landes der Fremdherrschaft zu entreißen. Die kleinen Erfolge der Rumänen im Beresgater-Gebirge können weder den günstigen Verlauf unserer Operation in der Bukowina hemmen noch die Stellungen der in Rumänien stehenden Armee gefährden.

Haag, 1. August. Die „Morningpost“ meldet aus Petersburg: Die Zahl der sich zurückziehenden russischen Truppen beträgt zwei Millionen Mann.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. August. Amtlich. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden in den nördlichen Sperrgebieten wiederum 26 000 Br.-R.-T.

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei bewaffnete englische Dampfer, einer davon ein Passagierdampfer, der nach Angaben der Leute in den Rettungsbooten Uruguay (10 537 T.) hieß. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Wahlrechtskonferenzen.

Durch verschiedene Blätter geht die Meldung, daß der Reichslangler mit Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags eine Unterredung über die Wahlreform gehabt habe. Die Meldung ist falsch, eine solche Unterredung hat bisher nicht stattgefunden.

Ministerwechsel.

In den nächsten Tagen, wohl spätestens am Sonntag, soll der Ministerwechsel im Reich und in Preußen vollzogene Tatsache werden. Daß Herr v. Kühlmann das auswärtige Amt übernimmt, gilt als sicher, ebenso daß Dr. Helfferich Stellvertreter des Reichskanzlers bleiben soll, aber ohne eigenes Ressort. Diese Stelle müßte allerdings im Etat erst angefordert werden. An die Spitze des Reichsamts des Innern, von dem ein besonderes Reichshandelsamt abgetrennt werden soll, tritt angeblich Graf Röderer. Für das neue Amt nennt man den Abgeordneten Rieher als Kandidaten. In Preußen soll Troitz zu Solz durch den Ministerialdirektor Dr. Schmidt, Herr v. Loebell durch Unterstaatssekretär Drews ersetzt werden. Dann nennt man noch einige nationalliberale Abgeordnete, die als Unterstaatssekretäre untergebracht werden sollen. Schließlich sind das alles natürlich mehr oder weniger begründete Kombinationen, was sich davon bewahrheitet, kann in Ruhe abgewartet werden.

Herr v. Kühlmann ist noch nicht zum Staatssekretär des auswärtigen Amtes ernannt und schon ist er in Ungnade gefallen — allerdings nur beim Grafen Reventlow. Dieser demüthigt in der „Deutschen Tageszeitung“ den Herrn v. Kühlmann als einen Anhänger der Politik Bethmanns; er wirft ihm weiter vor:

„Als Gesandter in den Niederlanden während des Krieges hat Herr v. Kühlmann ebenso wie Bethmann Hollweg weiter an die „Verständigung“ gedacht und wahrscheinlich so eifrig betrieben, wie es ihm möglich war. Er war einer der schärfsten Gegner des U-Boot-Krieges und machte während seiner Amtsführung im Haag zur Verhinderung des U-Boot-Krieges besonders Gebrauch von der Warnung, daß dann kriegerische Komplikationen mit den Niederlanden unabweislich würden. Auch hier hat er also unrichtig gesehen und die tatsächlichen Faktoren unrichtig gewertet und eingeschätzt, genau ebenso wie in der deutsch-englischen Frage.“

Graf Reventlow nennt dann Herrn v. Kühlmann den Vertreter einer Politik, die „bölig, aber auch bis auf das Letzte abgewirt-

schaffen“ habe. Graf Reventlow ist in der Wahl seiner Ausdrücke unvorsichtig. Wenn von einer Politik die Rede ist, die „bölig, aber auch bis auf das Letzte abgewirtschaffen“ hat, wer denkt da an eine andere als an die Politik des Grafen Reventlow?!

Wo bleibt W. T. S.?

Wolffs Telegraphen-Bureau bittet um die Mitteilung, daß es in der Mittagsausgabe vom 28. Juli französische über die Friedensentwässerung des Reichstags schreibende Blätter, wie „Deubre“, „Humanité“ und „Journal du Peuple“, zitiert habe.

Diese Verächtlichkeit klammert sich an die Wiedergabe einiger französischer Presstimmen, spricht sich aber nicht über die Umbeugung der Kanzlerrede und der Reichstagsdebatte in den fürs Ausland bestimmten Depeschen aus, wie sie der Vertreter der „Wolffschen Zeitung“ in Bern festnagelt. Das W. T. S. weiß auch nichts dazu zu sagen, daß das „Berliner Tageblatt“ den „Kudgug“ aus der Glogower Rede Lloyd Georges als irreführend entlarvt hat und läßt auch den die Friedensarbeit des Reichstags störenden Versuch des Generals Blum ohne Rechtfertigung, der unter hilfereicher Assistenz des W. T. S. den Wackelfrieden gegen den Verständigungsfrieden predigt.

Das alles harst noch der Erklärung. Darum: Wo bleibt das W. T. S. — mit seiner Rechtfertigung?

Beurlaubung zur Teilnahme an Reichstags-sitzungen.

Das „Armee-Verordnungsblatt“ vom 28. Juli teilt mit: Die jetzige Tagung des Reichstags ist nicht beendet, sondern nur unterbrochen. Die dem Heere angehörenden Reichstagsmitglieder sind daher während dieser Unterbrechung der Sitzungen im Sinne des Erlasses vom 12. November 1916 als weiter beurlaubt anzusehen.

Berichtigung.

In der gestern abgedruckten Resolution der Pariser Sozialistenkonferenz heißt der vorgeschlagene Termin für Stockholm richtig 9.—10. September (statt August).

Das Oberkommando gegen Hamsterfahrten.

Kontrolle der Reisenden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat eine Reihe von Bekanntmachungen erlassen, die sich gegen die Hamsterfahrten und die sich häufenden Felddiebstähle und Beschädigungen landwirtschaftlicher Anlagen richten. Gegen letztere wird strenge Bestrafung angedroht, nötigenfalls soll militärische Hilfe aufgeboten werden.

Von den Hamsterfahrten wird gesagt, daß ihr Umfang steigt, daß sie die vom Staate geordnete Erfassung und Verteilung der Lebensmittel gefährden und Versuche darstellen, sich gegenüber den anderen Mitbürgern einen unzulässigen Vorteil zu verschaffen.

Im einzelnen wird bestimmt: § 1. Lebensmittel, welche der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, insbesondere Getreide, Mehl, Brot, Graupen, Erbsen, Hülsenfrüchte, Karisfeln, Fleisch (auch Schinken und Wurstwaren), Speck, Milch, Butter und Eier, darf der Erzeuger an nicht ortsbefugte Personen nur abgeben, wenn sie ihm eine schriftliche, auf ihren Namen lautende Zulassungsbefreiung des für den Erzeugungsort zuständigen Landrats (in Stadtkreisen des Magistrats) vorweisen.

§ 2. Nur derjenige darf die unter § 1 fallenden Lebensmittel außerhalb seines Wohnortes erwerben oder sich zu ihrem Erwerb erdienen, welcher eine Zulassungsbefreiung gemäß § 1 vorweist.

§ 3. Bei ungenügender Abgabe geringer Mengen der unter § 1 fallenden Lebensmittel kann die Zulassungsbefreiung (§§ 1 und 2) durch eine schriftliche Genehmigung des für den Erzeugungsort zuständigen Gemeinde- oder Ortsvorstehers ersetzt werden.

§ 4. Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 1 bis 3 kann die zuständige Verwaltungsbehörde zulassen.

§ 5. Lebensmittel, welche entgegen den Bestimmungen der §§ 1 bis 3 erworben sind, unterliegen einschließlich ihrer Verpackung oder Umhüllung der polizeilichen Beschlagnahme.

Der Radwels des rechtmäßigen Erwerbs liegt demjenigen ob, in dessen Besitz oder Gewahrsam die Lebensmittel gefunden sind.

§ 6. Die Polizeibeamten, Gendarmen und Polizei-Giftsträße sind berechtigt, zur Durchführung vorkommender Bestimmungen die Bahnsteige, Gepäckräume und sonstigen Diensträume der Eisenbahnverwaltungen sowie die Abteile der Züge zu betreten und dort Durchsuchungen vorzunehmen. Die zur Regelung des Verkehrs getroffenen Bestimmungen der Eisenbahnbehörden sind dabei zu beachten.

§ 7. Sämtliche von den zuständigen Verwaltungsbehörden erlassenen Anordnungen über die Bewirtschaftung und den Verkehr mit den in § 1 bezeichneten Lebensmitteln bleiben neben den Bestimmungen der §§ 1 bis 3 in Kraft.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1 bis 3 werden auf Grund des § 1b des Gesetzes über den Deliktenszustand bestraft.

§ 9. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 4. August 1917 in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Das Stockholmer Komitee zu den französischen Beschlüssen.

Stockholm, 1. August. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Zur Tages-Meldung über den Beschluß der französischen Sozialisten erklärt das Stockholmer Komitee: Die Konferenz wird voraussichtlich am 27. August von Tschelbe in Stockholm eröffnet werden. Das Komitee will nicht seine ganzen Vorarbeiten in Kristiania oder anderswo wiederholen, zumal die von den Franzosen angenommenen Schwierigkeiten lokaler oder politischer Natur nicht bestehen. Was die Franzosen über die Einladung der Parteien sagen, entspricht dem, was im Aufruf des Komitees angeführt worden ist. Eine Bindung der Delegationen an die Konferenzbeschlüsse sei natürlich nur vorbehaltlich der Zustimmung der Landes-Parteitage möglich.

Lebedour und Dittmann sind heute hier eingetroffen.

Rumänischer Seeresbericht

vom 30. Juli.

In der Gegend von Dorna Maira griff der Feind wiederholt die russischen Stellungen nördlich der Straße Valeputa—Jakobeni an. Alle diese Angriffe wurden abgeschlagen. Nachschneidungen wurden erbeutet in einem Grabenstück, in das der Feind hatte eindringen können, aus dem er aber durch Gegenangriff vertrieben wurde. An der Westgrenze der Moldau in der Gebirgsgegend zwischen dem Cagiu und dem Putnata für uns erfolgreiche Patrouillengefächte. An der Putna und am Sereth Artillerieaktivität und Gewehrfeuer in verschiedenen Abschnitten. An der Donau Ruhe.

Rektoratswahl.

Berlin, 1. August. Zum Rektor der Universität Berlin wurde der Geograph Professor Wrocht Penz gewählt.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der Bauarbeiterverband im Jahre 1916.

Technisch wie in der Metall- und Lederindustrie, deren gesamte Produktion den Charakter einer Kriegsindustrie angenommen hat, geht es auch dem Baugewerbe. Die seit Kriegsbeginn eingeschränkte private Bauwirtschaft ist in dem letzten Jahre, bis auf wenige notwendige Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, ganz eingestellt worden. An ihre Stelle sind die Bauten getreten, die für die Rüstungsindustrie hergestellt werden. Große umfangreiche Werke sind in fast allen Gegenden Deutschlands im Entstehen begriffen, die dem mittel- und unmittelbaren Heeresbedarf dienstbar gemacht werden sollen. Das an Bauarbeitern nicht zum Heeresdienst einberufen war, fand an diesen Baustellen, von denen einzelne mehr als tausend Arbeiter aufgenommen haben, reichlich Beschäftigung. Abgesehen von Bitterungseinflüssen und Materialmangel, wodurch zeitweilig und örtlich eine Stodung eingetreten ist, kann deshalb auch von einer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht geredet werden.

Die an sich nicht ungünstige Lage der Beschäftigungsmöglichkeit hat indessen einen weiteren Rückgang des Verbandes und seines Vermögens nicht verhindern können. Die fortwährenden Einberufungen zum Heere blieben auch in diesem Jahre noch zu groß, um neben dem Abgang aus anderen Umständen durch Neuaufnahmen die Mitgliederzahl auf gleicher Höhe halten zu können. Am Schlusse des Jahres 1915 zählte der Verband 82 983 Mitglieder. Am Schlusse des Berichtsjahres waren nur noch 72 948 Mitglieder vorhanden. Die Werbestärke für den Verband hat wieder begonnen und aller Voraussicht nach ist der Tiefstand überwunden. Leider kann die Tatsache nicht bestritten werden, wenn man in Betracht ziehen muß, daß von 23 677 Neuaufnahmen, 516 Liebertritten und 8197 Zurüdmeldungen aus dem Heere, außer dem sonst unvermeidlichen Abgang auch 17 051 Mitglieder zu verzeichnen sind, die entweder spurlos verschunden, oder wegen restierender Beiträge gestrichen werden mußten.

Die Kasseneinlagen des Verbandes verzeichnen eine Einnahme von 3 522 007 M. und eine Ausgabe von 4 677 493 M. Von den Ausgaben entfallen auf die Unterstufungen 2 966 434 M., wovon der Hauptbetrag von 2 123 885 M. auf die Familienunterstützung der im Felde stehenden Mitglieder entfällt. Der Restbetrag entfällt auf die Krankenunterstützung und Beihilfe in Todesfällen usw. Die Verwaltung der Zweigvereine steht mit 1 003 529 M., die Hauptverwaltung mit 140 646 M. zu Buche. Das Gesamtergebnis des Verbandes befreit sich auf 15 724 128,26 M., es hat sich gegen das Vorjahr um 1 137 570 M. verringert.

Von besonderer Bedeutung war die umfangreiche Tarifbewegung während des Berichtsjahres. Ihr vorauf ging eine Sondervereinbarung für das Wieserbaugebiet für Ostpreußen, durch die die Löhne durchweg um 25 Pf. und darüber hinaus erhöht wurden. Die Stundenlöhne wurden demnach mit wenigen Ausnahmen für das ganze Gebiet für Maurer auf 85 Pf. und für Hilfsarbeiter bis zu 20 Pf. niedriger festgesetzt. Außerdem wurde in bestimmten Fällen Reisegeld vergütet und eine Auslösung vereinbart. Daneben wurden noch besondere Abmachungen über Unterkunft und Verpflegung sowie über Hilfe und ärztliche Behandlung in Angliederfällen und bei Krankheit getroffen. Die allgemeine Tarifbewegung wurde eingeleitet durch eine Verhandlung, zu der vom Reichsamt des Innern eingeladen wurde. Sie endete mit der Verlängerung des am 31. März 1916 ablaufenden Reichsarbeitsvertrages und der örtlichen Verträge und einer Teuerungszulage von 7 bis 11 Pf. für die Stunde. In ähnlichem Umfange hielten sich die Aufbesserungen, die in den Nebenberufen, bei den Fliesenlegern, Stuckateuren und Isolierern, erzielt wurden.

Berlin und Umgegend.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ vor dem Kriegsausschuss. Die Verlagsfirma August Scherl & Co. m. b. H. in Berlin gehört zu den seltenen Arbeitgeber, die bisher ihren kaufmännischen Angestellten Teuerungszulagen noch nicht gewährten. Nahezu zwei Drittel des kaufmännischen Personals besteht dabei schon aus weiblichen Hilfskräften. Aber auch diese Angestellten hatten, nachdem der durch das Hilfsdienstgesetz vorgeschriebene Angestelltenauschuss gewählt war, Anfang Juni in einer von mehr als 400 Personen besetzten Versammlung einstimmig beschlossen, der Angestelltenauschuss solle folgende Teuerungszulage bei der Firma beantragen: für Angestellte mit einem monatlichen Gehalt bis 100 M. 35 Proz., bis 150 M. 30 Proz., bis 200 M. 27½ Proz., bis 250 M. 25 Proz., bis 300 M. 22½ Proz. und darüber 20 Proz. Ferner für Verbeiratete eine höhere Zulage und für jedes Kind ebenfalls eine Zulage, außerdem eine Regelung der Ueberstunden. Diese Erhöhungen sollten vom 1. Juni ab gelten.

Nach längeren Verhandlungen zwischen Angestelltenauschuss und Firma erklärte die Firma sich bereit, an Angestellte bis 125 M. 20 Proz., bis 200 M. 15 Proz. und darüber 10 Proz. vom 1. Juli ab zu gewähren. Ferner sollten für jedes Kind monatlich 5 M. gezahlt werden. Die anderen Angestellten, nahezu die Hälfte des Personals, sollten jedoch leer ausgehen. Diese bei den jetzigen Verhältnissen ganz unzureichenden Zustände wurden vom Angestelltenauschuss einstimmig beantragt, bis das Personal dazu Stellung genommen habe. Hierfür zog der Angestelltenauschuss sich einen Ruffel der Firma zu, die die folgende Erklärung abgab:

„Die Geschäftsleitung ist auf das peinlichste überacraft, daß ihre namhaften (!) Bewilligungen von Kriegszulagen, zu denen sie sich trotz der schweren wirtschaftlichen Lage des Zeitungsgewerbes entschlossen hat, nicht nur kein Verständnis, sondern durch Aufstellung weiterer Ansprüche (?) Dank anbegehrt. Sie lehnt es auf das entschiedenste ab, über die von ihr bewilligten Zulagen hinauszugehen.“

Am Auftrage des Personals, das seine Forderungen aufrechterhielt, bot der Angestelltenauschuss dann den Schlichtungsausschuss des Kriegsamts um Vermittlung an. Der Untersuchungsausschuss für das graphische Gewerbe beim Kriegsamt hat darauf am 26. Juli dahin entschieden, daß allen bis Jahreschlusse 1916 eingetretenen Angestellten mit einem Gehalt bis 125 M. 25 Proz., bis 200 M. 20 Proz., bis 250 M. 15 Proz. und darüber 10 Proz., den später eingetretenen die Hälfte dieser Sätze vom 1. Juli ab zu gewähren und ferner für jedes Kind 5 M. besonders gezahlt werden solle. Beide Teile sollten bis 31. Juli erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen. Während nun die Angestellten sich damit einverstanden erklärten, hat die Firma es abgelehnt, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen.

Damit haben sämtliche Angestellte das Recht erlangt, einen Abkürzungsanspruch zu fordern. Eine große Anzahl der Angestellten hat sofort die Kündigung eingereicht; da auch die Firma die bewilligten Zulagen zurückgezogen hat, so dürfte ein Zustand kaum zu umgehen sein.

So sehr auch das Zeitungsgewerbe, namentlich jetzt infolge der Papierknappheit zu leiden hat, so ist es doch geradezu beispiellos von einer so bedeutenden Verlagsfirma, die kaufmännischen Angestellten allein zurücksetzen zu wollen, während sie den gewerblichen Arbeitern längst die tarifmäßigen Teuerungszulagen zahlt und sich selbst durch Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise höhere Einnahmen zu verschaffen sucht. Was werden die Regierungskreise und sonstigen Interessenten von einer Firma halten, die zwar das vaterländische Hilfsdienstgesetz für sich insofern in Anspruch nahm, als sie sich vom Kriegsamt als kriegswichtigen Betrieb erklären ließ, sich aber weigert, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anzuerkennen.

Rusland.

Akruissische Konferenz der gewerkschaftlichen Verbände
Am 4. Juli traten in Petersburg die Gewerkschaften Russlands zu einem Gewerkschaftskongress zusammen. Arbeitsminister Stolobetow begrüßte die Gewerkschaften als besten Be-

weis dafür, daß das Proletariat nicht nur geistlich, sondern auch aufbauen kann. Besonders notwendig sei diese aufbauende Arbeit in diesem Augenblick, in dem die revolutionäre Begeisterung im Schwunden begriffen sei und an ihre Stelle die revolutionäre Vernunft treten müsse. — In der ersten geschäftlichen Sitzung sprach Grundriß über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Verbände. Die Gewerkschaften stehen nach dem Redner auf der Grundlage der internationalen Prinzipien des Klassenkampfes. Praktisch seien ihre Hauptaufgaben gegenwärtig: Vorkehrungen gegen die drohende ungeborene Arbeitslosigkeit bei der Demobilisierung, aktiver Anteil an der Organisation der Arbeitssphäre, Errichtung von Anstaltsstellen, Mitarbeit bei der Schaffung der gemeinlichen und staatlichen Arbeitslosenversicherungen. Die gewerkschaftlichen Verbände müßten in allen Organen vertreten sein, welche die provisorische Regierung oder die konstituierende Versammlung zur Organisation der Produktion schaffen werde. Alle Versuche einzelner Arbeitergruppen oder Betriebsausschüsse, sich einzelner Unternehmungen zu bemächtigen, müßten bekämpft werden, da sie die Produktion nur desorganisieren. Zum Schluß betonte der Referent die Pflicht der Gewerkschaften, die revolutionäre Demokratie in ihrem Kampfe für schleunigste Beendigung des Krieges und Wiederherstellung der internationalen Energie zu unterstützen.

Der Kongress arbeitete dann in einzelnen Abteilungen weiter. In der Sektion für Arbeiterkassen referierte Frau Kollonay über Frauenarbeit und die Aufgabe der Gewerkschaften. Sie wies auf die starke Zunahme der Frauenarbeit hin und forderte besseren Lohn der Arbeiterinnen und gleichen Lohn für gleiche Leistung. Mädchen unter 16 Jahren dürften in den Fabriken nicht zugelassen werden; der Achtstundentag sei sofort für alle Frauen einzuführen.

In derselben Sektion sprach S. Dalin über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er forderte sofortige Vorkehrung gegen die bei Friedensschluß drohende Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt. Die Regierung müsse einen Plan für die Umschaltung der Industrie auf die Friedensarbeit entwerfen.

Parteinachrichten.

Richtiges in der „Leipziger Volkszeitung“.

Zu den Eroberungsplänen der französischen Regierung macht die „Leipziger Volkszeitung“ folgende zutreffende Bemerkung:

Die schärfste Verurteilung der französischen Eroberungspläne ist selbstverständlich. Daß die französischen Sozialisten nach diesen Feststellungen nicht sofort in die entschiedenste Opposition zur Regierung getreten sind, belastet ihr Schuldbilanz aufs schwerste. Sie haben zwar nach dem, was der Reichsanzler aus dem Bericht über die Geheimannexierung mittelteil, gegen den verbrecherischen Eroberungsvertrag protestiert. Wir wollen, solange nicht ein genauer Bericht den Gegenbeweis liefert, zu ihren Gunsten sogar annehmen, daß sie es in noch schärferer und umfassenderer Weise getan haben, als aus den Mitteilungen des Reichsanzlers hervorgeht. Aber weder Wehrheit noch Wehrheit haben sie jetzt, soweit wir wissen, die für den Sozialisten auf der Hand liegende Konsequenz aus der Weigerung Ribots gezogen, die Eroberungsabsichten aufzugeben, die Revision des Kriegszieles vorzunehmen. Wenn die französische Wehrheit nicht wenigstens jetzt den Mut zu einer entscheidenden Tat findet, so wird sie keinerlei Bedeutung mehr beanspruchen können.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erkennt offenbar — auch wiederum sehr richtig — in der Enthüllung der französischen Eroberungspläne eine schwere Gefahr für die eigene Sache. Wenn es erwiesen ist, daß die französische Regierung einen „verbrecherischen Eroberungsvertrag“ gegen Deutschland abgeschlossen hat, ist es dann nicht das Recht und die Pflicht der deutschen Sozialisten, das eigene Volk gegen solche Eroberungsabsichten zu verteidigen? Die „L. V.“ sucht sich zu helfen, indem sie schreibt:

Der Umstand, daß die französische Regierung direkte Eroberungsziele vertritt, während die deutsche von unseren robusten Eroberungspolitikern abgerückt ist, gibt ihnen (nämlich uns, A. d. V.), wenn die Maßstäbe sozialistischer Grundzüge gelten sollen, kein Recht, sich dieser Regierung zu verschreiben. Die Verweigerung der Ententepolitik ist keine Rechtfertigung für das, was an der Politik der Zentralmächte im Volksinteresse zu bekämpfen ist. Die Aufgabe jeder sozialistischen Partei muß es vor allem sein, die Regierung des eigenen Landes zu einer Stellung zur Kriegszielefrage zu bringen, die vom sozialistischen Standpunkt aus unanfechtbar ist und deshalb auch im wahren Interesse des Volkes liegt.

Wiederum sehr richtig, sogar ausgezeichnet. Abgesehen davon natürlich, daß es Unsinn ist, zu behaupten, die Sozialdemokratie hätte sich „der Regierung verschrieben“. Das hat sie nicht getan, sie tut vielmehr das, was die „L. V.“ als „Aufgabe jeder sozialistischen Partei“ bezeichnet. Wenn die deutsche Regierung von den robusten Eroberungspolitikern abgerückt ist und mit jeder Erklärung weiter abzurücken gezwungen ist, wessen Verdienst ist das? Das der Sozialdemokratie oder das der Unabhängigen? Wer hat die große Entscheidungsschlacht der Vernunft gegen die „robusten Eroberungspolitik“ geschlagen? Die Sozialdemokratie oder die Unabhängigen, die bei der Abstimmung vom 19. Juli ihre Stimmen einfach den „robusten Eroberungspolitikern“ zugeführt haben?

Wir freuen uns, ausnahmsweise wieder einmal in der sachlichen Auffassung mit der „Leipziger Volkszeitung“ übereinzustimmen, stellen aber fest: Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ einmal recht hat, dann hat sie gegen ihre eigene Partei recht!

Aus den Organisationen.

Am Sonntag fand eine Konferenz des Wahlkreises Mannheim-Schwesheim-Weinheim statt, in der nach einer Rede des Abgeordneten Oskar Wed über den Parteitag beschlossen wurde, die Delegierten durch Urwahl zu bestimmen. Der Krieg hat auch in diesem Jahre dem Parteisekretariat viele Arbeiten gebracht. Besonders auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge mußte gearbeitet werden; Militärangelegenheiten sowie die Lebensmittelversorgung mußten erledigt werden. Insgesamt wurden 144 Veranstaltungen arrangiert. Eingänge wurden 1401, Ausgaben 7593 gezahlt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1914: 9348 männliche und 1270 weibliche Mitglieder; am 31. März 1917 waren es noch 2310 männliche und 1124 weibliche Mitglieder. Im Kriegsdienst sind 7424 Mitglieder. Der Gesamtverlust beträgt 23 Mitglieder; in dieser Zahl sind die Mitglieder, die gefallen sind, enthalten. Der Abonnenstand der „Volksstimme“ hat im abgelaufenen Jahre um zirka 1000 Abonnenten zugenommen. Die inneren Parteidifferenzen werden ebenfalls in den Bereich der Erörterungen gezogen. Insgesamt haben 34 Mitglieder ihren Austritt erklärt, um sich den „Unabhängigen“ anzuschließen. Drei Genossen haben bereits wieder den Weg zurückgefunden zur alten Partei. In der Redaktionsstadt mußte eine neue Zahlstellenleitung geschaffen werden. Die neue Organisation hat sich gut eingeführt.

Ebenfalls am Sonntag fand eine Wahlkreis-Konferenz in Offen unter dem Vorsitz des Genossen Obermeier statt. Genosse Webers berichtete für die Kreisleitung: Wir haben gegenwärtig 578 männliche und 369 weibliche vollzahlende Mitglieder im Kreis. Dabei steht fest, daß Hunderte von Genossen jetzt infolge der Verzögerung nicht mehr zahlen. Aus einigen Bezirken sind genaue Angaben noch nicht möglich. Beschönigungen haben keinen Zweck; ich sage Ihnen hier die volle Wahrheit. Einen Umstand muß ich aber hier erwähnen, das ist die Arbeit der Unabhängigen. In der Agitation gebrauchen die Leute Mittel, die man nicht gutheißen kann. Sie lassen die Genossen im Zweifel, ob sie der alten oder der neuen Partei angehören. Es kommen oft Genossen, die die Marken der

Unabhängigen geklebt haben, zu mir mit der Versicherung, sie wollten nicht zur Unabhängigen Partei. Genosse Webers beklagte sich über die „Arbeiterzeitung“, die durch einen Artikel „Parlamentarismus-Erfahrung“ die Agitation erschwert habe. Auch Genosse Hohage führte den Wortwort auf die Haltung der Zeitung zu. Genosse Bräuder sagte, es ist durchaus zu verstehen, daß Genosse Webers in dem Artikel eine Ermüdung seiner Arbeit sah. Die Schreibweise der „Arbeiterzeitung“ habe während des Krieges die Lage in der Partei verschlechtert. Sie habe Artikel gebracht, die nicht der Einigkeit dienen und die Arbeit der Gewerkschaften erschweren. Wir müssen den Einfluß der Partei auf die Massen erhöhen und dazu soll die Zeitung helfen. Genosse Limberich verteidigte die Schriftleitung. Es wird einstimmig dem Nürnberger Verpflegungsantrag zugestimmt und ferner ein Antrag angenommen, in dem dem Parteivorstand volle Anerkennung für seine Tätigkeit zugunsten eines baldigen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen ausgesprochen wird und demokratische Reformen in Reich, Staaten und Gemeinden gefordert werden. Zeige sich die Regierung nicht gewillt, den Krieg durch einen Verständigungsfrieden — ohne Annexionen und Entschädigungen — zu beenden, dann müsse die sozialdemokratische Fraktion diese Regierung mit den schärfsten Mitteln der parlamentarischen Opposition bekämpfen.

Precherfolg.

Die „Niederbayerische Volksstimme“ hat weit über 1000 neue Abonnenten in den letzten Wochen gewonnen.

Industrie und Handel.

Schuhhandelsgesellschaften.

Eine Bundesratsverordnung vom 26. Juli bestimmt die Errichtung von Schuhhandelsgesellschaften. Der Reichsanzler ist ermächtigt, Händler von neuen Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Schuhwaren getrieben haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Verteilung neuer Schuhwaren an die bürgerliche Bevölkerung obliegt. Nur unter besonderen Verhältnissen kann er auf Antrag der Landeszentralbehörden anordnen, daß auch ein Betrieb, der erst nach dem 1. August 1914 mit dem Handel von Schuhwaren begonnen hat, in eine Gesellschaft aufgenommen wird. Andererseits kann der Hauptverteilungsausschuss, der die Tätigkeit der Gesellschaften zu überwachen hat und der Aufsicht des Reichsanzlers unterliegt, Betriebe auf ihren Antrag von der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft entbinden.

Die Einrichtung zwangsweiser Schuhhandelsgesellschaften bildet eine notwendige Ergänzung zur Einrichtung der durch Bundesratsverordnung vom 17. März 1917 eingeführten „Herstellung- und Vertriebsgesellschaften“ der deutschen Schuhindustrie. Die Anknüpfung an Schuhwaren erfordert eine Sicherstellung der zweckmäßigen Verteilung. Der Zusammenschluß des Schuhhandels wurde von den Vertretern des Handels als notwendig erachtet, um die Händlern zu mildern, die sich für viele Händler aus der vorhandenen geringen Menge von Schuhwaren ergeben. Auf Grund der Zwangsorganisation soll den Geschädigten von der Gesamtheit ein gewisser Ausgleich geboten werden. Zu diesem Zwecke hat jeder Händler, dem künftig Schuhwaren zugeteilt werden, eine Abgabe an den Hauptverteilungsausschuss zu entrichten. Außerdem müssen dem letzteren die Einkünfte der Gesellschaften nach Abzug der Verwaltungsstellen derselben zu. Aus diesen Geldern leistet der Hauptverteilungsausschuss nach Deduktion der eigenen Unkosten Ausgleichszahlungen an Gesellschaften, die infolge der Verteilungsregelung in ihrem Geschäftsbetriebe besonders geschädigt sind. Den etwaigen Rest verteilt er auf sämtliche Gesellschaften im Verhältnis der Einnahmen ihrer Betriebe an Schuhwaren in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914.

Die Verordnung legt Händlern von Schuhwaren sowie Kaufmann, die nicht zum eigenen Gebrauch bestimmte Schuhwaren in Eigentum, Besitz oder Gewahrsam haben, eine Auskunftsspflicht gegenüber dem Hauptverteilungsausschuss auf. Dieser kann von ihnen verlangen, daß sie ihre Bestände an Schuhwaren einer Gesellschaft gegen einen angemessenen Uebernahmepreis überlassen, und er kann diese Bestände auch beschlagnehmen. Die Organisation der Gesellschaften wird in ihren Grundlagen durch die Verordnung, des näheren durch die vom Reichsanzler zu erlassende Satzung bestimmt.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (ohne Schöneberg, Wilmersdorf und Dahlemer Bahn) beförderte im Juli 7 498 318 Personen gegen 5 511 031 im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen betragen 1 007 835 gegen 712 712 M. Die Betriebseinnahmen seit 1. Januar 1917 sind auf 8 331 354 gegen 5 827 744 M. im Vorjahre gestiegen. Die Flachbahn Warschauer Brücke-Lichtenberg vereinbarte im Juli 23 534 gegen 13 773 M.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft verzeichnete im Monat Juli aus dem Pferde- und Automobilbetrieb 24 988 M. (s. B. 405 854 M.). Das bedeutet eine Mindereinnahme von 120 808 M. Die Mindereinnahme der ersten sieben Monate beträgt 752 963 M.

Die A.-G. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemann wird, wie die „Mündener Neuesten Nachrichten“ erfahren, den Sitz ihrer Tochtergesellschaft Zentralgesellschaft für chemische Industrie G. m. b. H. in Berlin nach München verlegen, um die bayerischen Interessen in diesem Unternehmen zu konzentrieren. Die Zentralgesellschaft ist mit einem Kapital von 2½ Mill. M. ausgestattet, das sich zu ¾ im Besitz der Scheidemann-Gesellschaft befindet. Für das letzte Geschäftsjahr wurden 10 Proz. Dividende gezahlt. Der Geschäftsgang wird gegenwärtig als recht günstig bezeichnet. Die Zentralgesellschaft ist an einer Reihe einzelner Fabriken, die zum Teil im Auslande gelegen sind, beteiligt; eine der wichtigsten davon, die Beteiligung in Italien, konnte noch rechtzeitig abgestoßen werden.

Salzpreiserhöhung.

Infolge der gestiegenen Kosten für Kohlen, Löhne usw., sowie der am 1. August in Kraft tretenden Kohlensteuer von 20 Proz. und Preiserhöhung von 7 Proz. haben sich die Salinen genötigt gesehen, mit Geltung vom 1. August d. J. ihre Preise zu erhöhen. Deshalb hat auch die Berliner Salzgroßhändlervereinigung die Salzpreise entsprechend in die Höhe setzen müssen.

Schon wieder eine Kohlenpreiserhöhung?

Auf der Generalversammlung der Rottwitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb forderte Generaldirektor Berggraf Dr. Williger die Regierung auf, einer weiteren Kohlenpreiserhöhung keinen Widerstand entgegenzusetzen. Im Vorjahr holte sich der eifrige Geschäftsmann eine platte Abfuhr des Handelsministers; wird Herr v. Sadow auch in diesem Jahre feiltreiben oder den Gesellschaften das Recht auf hohe oder noch steigende Kriegsgewinne zuerkennen.

Kriegsgewinne eines Wollerei-Unternehmens.

Die W. Beth A.-G. (Herstellung von Butter, Käse usw.) in Wandersheim in Krausnachricht hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Ueberfluß von 304 896 M. (302 406 M.) und nach Deduktion der Unkosten einen Reingewinn von 140 507 M. (100 715 M.), das sind 66 Prozent des Aktienkapitals von 210 000 M. Es wird die im Vorjahre von 15 auf 20 Proz. gesteigerte Dividende weiter auf 24 Proz. erhöht, bei Rückstellung von 54 000 (30 000) M. für Kriegsgewinnsteuer.

Seitens d. L. Politik: Dr. Franz Tiefbach, Berlin-Friedenau; für d. bürgerlichen Teil des Hauses: Alfred Gotsch, Neudamm; für Inhaber: Dr. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Groß-Berlin

Das Kriegswucheramt setzt seine energische Tätigkeit fort.

Die Café- und Hotelbetriebs-Gesellschaft m. B. H., Berlin, Friedrichstr. 87, ist wegen großer Verluste gegen die Vorschriften zur Sicherung unserer Kriegsernährung vom Kriegswucheramt aus dem Handel ausgeschlossen worden. Ebenso wurde dem Geschäftsführer der Gesellschaft, E. A. Lönndorf, Kurfürstendamm 185, wegen Unzuverlässigkeit aus persönlichen Gründen die Handelslaubnis entzogen, ihm auch die Annahme einer Beschäftigung in ähnlichen Betrieben untersagt. Damit werden folgende fünf Betriebe der Gesellschaft geschlossen: Viktoria-Café, Linden-Restaurant, Viktoria-Diele, Weingroßhandlung Viktoria und Richards-Diele, die sämtlich am 2. August zumachen müssen. Diese achtstägige Frist wurde lediglich zum Ausverkauf der vorhandenen Bestände bewilligt. Es dürfen also keine Waren mehr eingeführt werden. Von der Schließung nicht betroffen wurden die der Gesellschaft gehörigen Hotels Stadt Weimar und Hotel Viktoria, welche aber auch nur ein erstes Frühstück bis 11 Uhr an die Hotelgäste abgeben dürfen.

Ferner hat das Kriegswucheramt den Bäckermeister Karl Stargard, Berlin, Brandenburgstr. 67, und den Händler Hermann Behr, Berlin, Kaiserstr. 6/7, aus dem Handel ausgeschlossen. Beide hatten die Nahrungsmittelvorschriften übertreten. Vor Gericht erhielt Stargard 1000 M. Geldstrafe und Behr eine solche von 200 M.

Unrichtige Angaben bei der Kohlenbestandshebung.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Bei der Regelung der Kohlenverteilung für den Haus- und Küchenbrand vorgenommene Erhebung sind seitens der Mieter und Vermieter vielfach unrichtige Angaben über die vorhandenen Kohlenbestände gemacht worden, da natürlich jeder das Bestreben hatte, bei der Anrechnung der vorhandenen Bestände auf die künftig zu gewährenden Rationen möglichst günstig abzuschneiden. Den Groß-Berliner Behörden gehen täglich anonyme Anzeigen in beträchtlicher Anzahl zu, außerdem finden sich Reuige ein, die ihre Angaben einer Verichtigung zu unterziehen wünschen. Jedenfalls haben die Groß-Berliner Gemeinden — und anderwärts werden die Dinge ähnlich liegen — die Notwendigkeit der Einsetzung eines genau arbeitenden Kontrollapparates erkannt und werden die diesbezüglichen Befehle wegen sorgfältiger Nachprüfung der in den einzelnen Grundstücken vorhandenen Kohlenbestände schon in allerhöchster Zeit zur Durchführung bringen. Bei dieser Sachlage kann Mietern und Vermietern, die bewußt oder nachlässig unrichtige Angaben gemacht haben, nur der ernsthafte Rat zur Vornahme einer Verichtigung an der zuständigen Amtsstelle gegeben werden. Straffreiheit dürfte zu gewärtigen sein, wenn die Verichtigung vor Einsetzen der Kontrolle stattfindet, andernfalls ist strengste Bestrafung gemäß § 38 der Kohlenordnung zu erwarten.

Verführte Abergung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: Wie wir erfahren, werden in einigen Gegenden Kohlrüben, Rohrüben, Zwiebeln und andere Herbstgemüse vorzeitig ausgegriffen, um sie schon jetzt als schmeckbare „Frühgemüse“ auf den Markt zu bringen und auf diese Weise unerschöpflich hohe Preise zu erzielen. Die Ware ist jetzt natürlich noch unreif; sie würde wenn man sie wie alle Jahre gehörig ausreifen ließe, einen ganz anderen Wert für die Volksernährung haben, als dies jetzt bei der verführten Abergung der Fall ist. Es handelt sich hier somit um eine Vergeudung wertvoller Volksernährung. Würde der Anflug weiter um sich greifen, so würde im Herbst und Winter ein erheblicher Teil des Herbstgemüses fehlen, auf das wir dann in so hohem Maße angewiesen sein werden.

In den Kreisen Calbe a. S. und Banzleben haben die Landräte die vorzeitige Abergung der Herbstgemüse bereits verboten. Man darf mit Sicherheit erwarten, daß die Kreisbehörden überall, wo es erforderlich ist, in gleicher Weise vorgehen werden. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß für Kohlrüben der in der Verordnung des Bundesrats vom 19. März d. J. festgesetzte Höchstpreis von 1,75 M. je Zentner schon jetzt Geltung hat. Statt dessen sollen in einigen Anbaugebieten vorzeitig geerntete Kohlrüben gegenwärtig zum Preise von 12 bis 15 M. je Zentner angeboten und verkauft werden. Es steht außer Zweifel, daß sich durch derartige Käufe beide Teile einer strafbaren Handlung schuldig machen. Die strenge Ueberwachung seitens der zuständigen Behörden ist dringend geboten, da andernfalls aus dem gerügten Mißbrauch geradezu eine nationale Gefahr erwachsen könnte.

Berliner Lebensmittel.

Soweit die auf Abschnitt Nr. 92 der Lebensmittelkarte entfallende Marmelade Sorte II nicht ausreicht, kann Marmelade Sorte I abgegeben werden. Die Marmelade Sorte I unterscheidet sich von der Marmelade Sorte II dadurch, daß sie nur aus einer Fruchtart hergestellt ist, während Marmelade Sorte II eine Zweifruktmarmelade ist.

Der Kleinverkaufspreis für Marmelade Sorte I beträgt für 1/2 Kilogramm ausgewogen oder brutto für netto einschließlich Verpackung für Erdbeere-, Himbeer- und Preiselbeermarmelade M. 1,40, für Johannisbeere- und Rischmarmelade M. 1,08, für Heidelbeere-M. 1,02, Stachelbeere-M. 0,93, Pfäumen-M. 0,84 und für Südfruktmarmelade M. 0,90.

Eine Ueberschreitung der Höchstpreise ist strafbar.

Höchstpreise für Einlegegurken und Tomaten.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat folgende Erzeuger-Großhandels- und Kleinhandelshöchstpreise für das Gebiet der Staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin für Einlegegurken und inländische Tomaten festgelegt.

Für prima handelsübliche Einlegegurken, von denen 60 Stück etwa 16 Pfund wiegen, Erzeugerpreis pro Stück 8 Pf., Großhandels- 7 1/2 Pf., und Kleinhandelshöchstpreis 11 Pf. Wird die Ware nach Gewicht gehandelt, beträgt der Erzeugerhöchstpreis 25 Pf. je Pfund, der Großhandels- 30 Pf. und der Kleinhandelshöchstpreis 40 Pf.

Für inländische Tomaten betragen die Höchstpreise für den Erzeuger 65 Pf. je Pfund, für den Großhandel 85 Pf. und für den Kleinhandel 110 Pf.

Ueberschreitungen der festgesetzten Höchstpreise werden mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 M. bestraft. Die Großhändler legen sich außerdem der Gefahr der sofortigen Konzeptionsentziehung, die Kleinhändler der Entziehung ihrer Kaufberechtigungskarte aus.

Die Preise treten Sonnabend, den 4. August, in Kraft.

Rindfleisch wird billiger.

Mit Wirkung vom 1. August ab sind vom Brandenburg-Berliner Viehhändlerverband neue Stallhöchstpreise für Rinder festgesetzt worden, die gegenüber den bisherigen Preisen eine nicht unerhebliche Ermäßigung bedeuten. Der Arbeitsausschuß der Groß-Berliner Gemeinden hat infolgedessen auch eine Herabsetzung der Kleinhandelspreise für Rindfleisch beschlossen, deren Veröffentlichung nach Genehmigung durch die Staatliche Verteilungsstelle für Groß-Berlin in den nächsten Tagen zu erwarten ist.

Änderung der Lieferungsbedingungen für Elektrizität. Die Staatliche Elektrizitätswerke Berlin geben im Angeigenteil unserer

heutigen Ausgabe die von den Gemeindebehörden beschlossene Aenderung der Lieferungsbedingungen bekannt. Die neuen Bestimmungen treten erstmals mit den für Oktober d. J. auszustellenden Rechnungen in Kraft.

Die neuen Säuglingsfürsorgestellen des Berliner Magistrats, die ihren Wirkungsbereich auch auf Kinder von 1-8 Jahren ausgedehnt haben, halten für solche Kleinkinder an jedem Freitag besondere Sprechstunden ab, und zwar in den Säuglingsfürsorgestellen Blumenstraße 27 von 1/2-1/3 Uhr, Elstner Straße 27 von 1/2-1/3 Uhr, Bogenhagenstraße 7 von 1-2 Uhr, Reichenberger Straße 180 von 1/2-1/3 Uhr, Turiner Straße 7 von 1/2-1/3 Uhr, Tempelhofer Ufer 13 von 2-3 Uhr, Wörther Straße 45 von 1/2-1/3 Uhr, Badstraße 10 von 2-3 Uhr und Kirchstraße 10 von 1/2-1/3 Uhr. Mütter und Pflegemütter können sich dort für die Kinder unentgeltlichen Rat holen. Es kommen insbesondere alle Fälle in Betracht, in denen Kinder mit englischer Krankheit befallen sind, an Wucherungen des Rachen-Rachenraumes leiden oder durch Tuberkulose bedroht erscheinen.

Lichtspiele Tauentzien-Palast. Paul Rosenhahn hat sich durch die von ihm geschaffene Detektivgestalt des Joe Jenkins einen Namen gemacht. Er hat in dem Film „Die Harvard-Prämie“ den Versuch unternommen, dieser Figur Leben einzubringen und sie auf die weiße Wand zu banen. Professor Leon Kains vom Dresdener Hoftheater bringt dem Detektiv seine Hilfe. In dem Werk wirken außerdem mit: Leopold von Ledebur, Willi Kaiser, Heinz Sarnow und Aläre Praeg. — Aus der Anna Müller-Vinde-Folge ergänzt ein reizendes dreitägiges Lustspiel von Georg Kaiser den Spielplan. Es führt den Titel: „Die verfluchte Liebe“.

Zwei Einbrecherinnen wurden von der Kriminalpolizei unerschuldig gemacht. Eine Arbeiterin Maria Weiß aus Weihensee und eine Verta Stein, die bei ihr Unterkunft gefunden hatte, arbeitslose eine Zeitspanne in einer Fabrik und lernten so die Arbeitszeiten und die Gepflogenheiten vieler Mitarbeiterinnen kennen. Sie gaben nun ihre Beschäftigung auf und nutzten ihre Kenntnisse zu Einbrüchen aus, die sie nach Art der Klingelstrolcher betrieben, nur mit dem Unterschiede, daß sie nicht selbst klingelten, sondern Kinder dazu benutzten. Zu geeigneter Zeit schickten sie mit einem erdichteten Auftrage ein Kind nach der Wohnung ihrer früheren Arbeitsgenossin. Kam das Kind mit der Meldung zurück, daß niemand aufmache, so eilten sie selbst hinauf, „kantelten“ rasch die Wohnung auf und stahlen, was sie bekommen konnten. So räumten sie in der Wörther Straße eine ganze Wohnung aus. Weiter wurden beide überführt. Sie hatten nicht mit dem Schicksalwechsel in der Fabrik gerechnet. Eine Arbeiterin, die wegen dieses Wechsels früher beimlehre, als sie geklaut hatten, sah die beiden Mädchen, die sie von früher her kannte, gerade noch mit Bündeln beladen weggehen. Als sie nun ihre Wohnung und ihre Behältnisse erbrochen und leer fand, lenkte sie den Verdacht gleich auf sie. Die Kriminalpolizei durchsuchte die Wohnung in Weihensee, in der beide Mädchen anwesend waren, fand dort noch einen Teil der gestohlenen Sachen, nahm die Einbrecherinnen fest und führte sie dem Untersuchungsrichter vor. Sachen aus anderen Einbrüchen wurden in der Wohnung auch gefunden und beschlagnahmt.

Der Leichenfund im Padowagen steht allem Anschein nach unmittelbar vor der Aufklärung. Die Lichtentzogene Kriminalpolizei hat auf ihre Nachforschungen Mitteilungen erhalten, die vermutlich schon heute die Feststellung der verunglückten Knaben ermöglichen werden. Die Ermittlungen sind zwar noch nicht ganz abgeschlossen, werden aber aller Voraussicht nach zum Ziel führen. Die Knaben stammen wahrscheinlich aus Frankfurt a. M.

Neufölln. Städtischer Verkauf von Schafflämmern. Dem Magistrat Neufölln bietet sich zurzeit Gelegenheit, preiswerte Schafflämmern zur Aufzucht mit einem Durchschnittsgewicht von etwa 90 Pfund zu kaufen. Bevor der Magistrat von diesem Angebot Gebrauch macht, bittet er die Neuföllner Einwohnerenschaft um Einreichung von Vorstellungen nach dem Rathaus, Zimmer 146. Der Verkaufspreis dürfte sich auf 1,60 bis 1,70 M. je Pfund Lebendgewicht stellen.

Lebensmittel. Bis Sonntag, den 12. August, darf auf Abschnitt 31 der Eierkarte ein Ei entnommen werden.

Spandau. Lebensmittel. Den Apotheken ist Halbmilchpulver überwiesen, welches zum Preise von 2,50 M. per Pfund abgegeben wird. Die Karte werden gebeten, neben der fonsensierten Voll- und Magermilch auch dieses Halbmilchpulver und zwar in Mengen von mindestens 1/2 Pfund zu verordnen.

Cöpenick. Lebensmittel. Von heute ab bis zum 19. August gelangt in den Lebensmittelhandlungen auf Abschnitt 24 der Lebensmittelkarte Himbeerjakt zur Verteilung. Die Ausgabe erfolgt in der städtischen Verkaufsstelle Schloßstr. 22, im Hof, Seitengebäude. Es sollen erhalten Haushände mit 1 Mitglied 0,2 Liter, mit 2 Mitgliedern 0,4 Liter usw. Der Preis beträgt pro 1/10 Liter 40 Pf. Die Ausgabe erfolgt nach Stadtteilen, daher ist die amtliche Bekanntmachung des Magistrats zu beachten.

Potsdamer Stadtverordnetenbeschlüsse. Zu Anfang der Sitzung teilte Stadtrat Wolters der Verammlung mit, daß eine weitere Einschränkung im Straßenbahnbetriebe bevorstehe. Wie er anführte, werden vorläufig die B- und C-Linie eingestellt, während die anderen Strecken aufrechterhalten bleiben. Eine lebhafteste Aussprache entwickelte sich über die Erhöhung der Gaspreise. Der Referent, Stadtv. Friedrichs, was darauf hin, daß eine große Anzahl von Städten bereits die Erhöhung der Gaspreise durchgesetzt habe. Er erlaubte, die Erhöhung zu bewilligen. Stadtv. Schütz entgegnete, daß die Gaslieferung eine derartig schlechte sei, daß man einer Verteuerung des Gases vorläufig nicht zustimmen könne. Nach längerer Aussprache wurde die Erhöhung des Gaspreises um 4 Pf. mit großer Mehrheit beschlossen.

Preis. Lebensmittel. Durch die Kleinhandler gelangt holländischer Käse zur Verteilung. Es entfallen auf jede Person 100 Gramm. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes 69 der Lebensmittelkarte.

Von heute ab gelangt bei den Kleinhändlern Kriegsmus zur Verteilung. Es entfallen auf jede Person 1/2 Pfund. Die Abgabe erfolgt auf Abschnitt 68.

Friedrichsfelde. Regelung der Kohlenverteilung. Die Geschäftsräume der Kohlenverteilung befinden sich in den Dienststräumen des Einwohner-Weidenamts. Zu der Kohlenverteilung hat der Gemeindevorstand ergänzend angeordnet, daß die Abgabe von Kohlen in größeren Mengen durch Kohlenhändler an die Verbraucher fortan zu unterbleiben hat. Die den Händlern etwa zugehenden Mengen an Kohlen sind auf Lager zu nehmen. Zulässig ist nur die Verabfolgung gegen Abgabe der Mittelfürde der gegenwärtig gültigen Reichsfeierkarten.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute kommt auf Abschnitt j der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 34 Pf. zur Verteilung. — Ferner werden auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte und einen Abschnitt der Kartoffelkarte vom 30. Juli bis 4. August je 1/2 Pfund Kartoffeln verabfolgt.

Kohlenbestandsaufnahme. Die Fragebogen betr. Kohlenverteilung für den Haus- und Küchenbrand gelangen jetzt zur Ausgabe und müssen von den Haushaltungen oder Geschäftsinhabern bis 4. August ausgefüllt werden. Die Entragungen müssen genau vorgenommen werden. Die neuerrichtete Ortskohlenstelle befindet sich Friedrichstraße 97.

Soziales.

Unglaubliches vom Reichsversicherungsamt.

Wieder einmal müssen wir uns gegen eine recht bedenkliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts wenden. Bekanntlich regelt die Reichsversicherungsordnung das Zustellungsverfahren anders, als es sonst der Fall ist. Sie läßt die Zustellung von Bescheiden usw. durch eingeschriebenen Brief zu. Daraus gestützt hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß Bescheide an im Heeresdienst befindliche Verletzte als ordnungsmäßig zugestellt gelten, wenn die Zustellung des eingeschriebenen Briefes in der Heimatwohnung an ein erwachsenes Familienmitglied erfolgt. (Ja 4523/16, 14 B.) Es hat damit die Grundfrage, die es früher während des Friedens aufgestellt hat, auch auf Streitfälle ausgedehnt, die solche Verletzte betreffen, die von ihrer Wohnung sich dauernd entfernt halten müssen, weil sie zum Heere eingezogen sind, gleichviel ob sie sich in einem inländischen Garnisonort oder im Schützengraben befinden. Obgleich diese Entscheidung Rechtsboden unter sich hat, ist sie doch ganz ungeheuerlich und man muß sagen, daß das Reichsversicherungsamt sich geradezu bemüht, sich um allen Kredit zu bringen.

Daß die infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen besonders geschäftigt werden müssen, ist sonst allgemein anerkannt. Der Bundesrat hat mehrere Verordnungen erlassen, die diesen Schutz regeln. Sie betreffen allerdings nur bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, erstrecken sich also nicht auf das Verfahren nach der Reichsversicherungsordnung. Wahrscheinlich hat der Bundesrat angenommen, daß hier das Reichsversicherungsamt als soziale Behörde schon selbst das Erforderliche tun werde. Das ist seinerzeit auch dadurch verurteilt worden, daß den Versicherungs-trägern nahe gelegt wurde, während des Krieges keine Rentenherabsetzungen vorzunehmen. Jenes Rundschreiben, das wirklich die Situation erfaßte, hatte jedoch keine bindende Kraft und es ist durch die lange Dauer des Krieges vollständig gegenstandslos geworden. Verstehen läßt sich, daß die Versicherungs-träger in besonderen Fällen den Wunsch haben, die Renten zu ändern, verstehen läßt sich aber andererseits erst recht, daß die Eingezogenen soweit als möglich davor geschützt werden müssen, daß aus ihrer Abwesenheit von den Berufsgenossenschaften oder anderen Versicherungsträgern kein Kapital geschlagen werden kann.

Die Streitigkeiten in der Arbeiterversicherung sind ganz besonderer Art. Hier ist die eine Partei, der Versicherte, gewissermaßen die Sache, um die sich der Streit dreht, da der teilweise oder völlige Verlust einer bestimmten Eigenschaft, der Erwerbsfähigkeit, zu beurteilen ist. Die Mitwirkung, das persönliche Eingreifen des Versicherten, ist in dem Streitverfahren also von größter Wichtigkeit und unumgänglich notwendig. Es muß also Vorkehrung getroffen werden, daß der Versicherte auf jeden Fall davon Kenntnis erhält, daß gegen ihn etwas unternommen werden soll, da nur er wirksam gegen Herabsetzungsbescheide Stellung nehmen kann. Es liegt also nicht nur im Interesse des Verletzten, sondern des ganzen Verfahrens, daß darauf geachtet wird, daß Bescheide dem Verletzten zugestellt werden müssen. Das Reichsversicherungsamt aber sagt: Nein, das ist nicht nötig, Bescheide gelten als zugestellt, wenn sie in der Wohnung des zum Heere Eingezogenen von einem erwachsenen Familienmitglied in Empfang genommen werden. Daß dieses Familienmitglied unter Umständen ein vierzehnjähriges Kind sein kann, ist früher auch schon entschieden worden. Wie leicht kann dadurch der Fall eintreten, daß wichtige Bescheide liegen bleiben und dann die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils haben? Die Zivilprozessordnung sieht im § 172 vor, daß die Zustellung für einen Interoffizier oder einen Gemeinen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine an den Chef der zunächst vorgelegten Kommandobehörde erfolgt. Auch gegen diese Vorschrift bestehen Bedenken. Gätte aber nicht nahegelegen, daß das Reichsversicherungsamt, von ihr ausgehend, verurteilt hätte, den Verletzten gerecht zu werden? Aber es ist leider in vielen Fällen berufs-genossenschaftlicher als die Berufsgenossenschaften.

Jetzt ist der widerwärtige Fall geschaffen, daß ein Bescheid, der von einem minderjährigen Familienmitglied für den verletzten Vater in Empfang genommen wird, Rechtskraft erlangt, während ein den Minderjährigen selbst betreffender Bescheid, der an diesen adressiert wird, nicht rechtskräftig wird, weil er dem gesetzlichen Vertreter zugestellt ist.

Es kann nur gesagt werden: Bundesrat helfe; helfe den Verletzten gegen das Reichsversicherungsamt.

Erst Arbeitsbindung, dann Familienunterstützung.

Unter Bezugnahme auf unsere Mitteilung in Nr. 196 des „Vorwärts“ sendet uns die Firma „Kotoph“ eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Die Firma will zu Abmachungen der von uns kritisierten Art geneigt sein, weil Angestellte, die jahrelang hohe Kriegszustellungen angenommen haben, nicht daran denken, bei ihrer Entlassung aus dem Heere zu den der heutigen Zeit angepaßten Arbeitsbedingungen ihre Tätigkeit im . . . Betriebe wieder aufzunehmen.“

Wir wollen nicht anstreben, eine moralische Pflicht der Angestellten zur Wiederaufnahme der Arbeit anzuerkennen, wenn wirklich der heutigen Zeit entsprechende Arbeitsbedingungen geboten werden und dem Angestellten die Möglichkeit eines Aufstiegs dadurch nicht verschlossen wird. Entweder werden sich den Angestellten anderwärts noch bessere Arbeitsbedingungen geboten haben oder sie werden nicht haben anerkennen können, daß wirklich der heutigen Zeit entsprechende Arbeitsbedingungen angeboten sind. In diesen Fällen hat der Angestellte die Interessen seiner eigenen Familie voranzustellen; dann können Rücksichten auf den früheren Arbeitgeber nicht maßgebend sein. Die Firma hat es ja in der Hand, ihre Arbeitsbedingungen als die günstigeren zu gestalten.

Dann auch betont die Firma, daß sie nicht für zwei Jahre eventuelle Erstattung fordere, sondern nur für die Zeit seit Beginn dieses Jahres. Endlich auch hebt die Firma hervor, daß sie Erstattung nicht fordere, wenn aus gesundheitlichen Gründen die Fortsetzung des Dienstverhältnisses unmöglich wird. Sie meint, das ergebe sich klar aus dem 4. Absatz ihres Schreibens an die im Felde stehenden Angestellten. Wir wollen dieses feststellen, bedauern jedoch sagen zu müssen, daß sich das aus dem angezogenen Absatz nicht ergibt. Wir drucken ihn noch einmal ab:

Sollten Sie Ihre Dienste bereits nicht unserer Gesellschaft widmen oder sollte sich Ihre Tätigkeit bei uns aus anderen Gründen als gesundheitlichen nicht über zwei volle Jahre erstrecken, so sind Sie uns im ersten Falle für den ganzen Betrag und im zweiten Fall für den nicht gestrichenen Teilbetrag des Gesamtbetrages der Unterstühtungszahlungen haftbar.“

Wenn ein Kriegsschädigter aus gesundheitlichen Gründen dem Dienst bei der Firma nicht wieder antreten kann, dann ist nach dem obigen Wortlaut der Erstattungsanspruch gegeben. Und wenn er nach Wiedertreten des Dienstes aus gesundheitlichen Gründen dem Dienst aufgeben muß, dann ist wieder für den noch nicht gestrichenen Teil des Gesamtbetrages der Unterstühtungszahlungen der Erstattungsanspruch gegeben. Die Firma bestreitet es; gut, wir wollen das gelten lassen. Nicht, weil es sich aus dem Wortlaut ergibt, sondern weil es die Firma jetzt ausdrücklich sagt. Aber zu wünschen wäre, daß dieser Wille der Firma nun auch klar in den Verträgen mit den Angestellten zum Ausdruck gebracht wird.

Im übrigen wollen wir zum Schluß besonders betonen, daß es uns nur darauf ankommt, in einem Einzelfalle — dem wir viele andere bei anderen Firmen anschließen könnten — die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens nachzuweisen.

„Sportgrimassen“.

Arthur Quersien schreibt im ersten Jahrgang des „Deutschen Willens“:

Wenn jemand von Sportübungen redet, dann pflegt er auch darauf hinzuweisen, mit wie häßlichen, verzerrten Gesichtern die Sportkämpfer ans Ziel kommen. — Gewiß, auf dem grünen Rasen leben wir ganz andere Gesichter, als wir sie im Zirkus oder auf der Bühne gewohnt sind — aber sind sie denn wirklich häßlich? Das kann man nicht nach der „Gewohnheit“ entscheiden.

Wie kommt die Verzerrung des Gesichts zustande? Auf verschiedene Weise: wenn wir irgendeine Bewegung ausführen, so benutzen wir dazu nie nur einen Muskel, sondern stets mehrere, die sich gegenseitig teils unterstützen, teils Widerstand leisten. Aus ihrem Zusammen- und Gegenpiel fließt jene Zweckmäßigkeit und Abrundung der Bewegung, die ihr die Schönheit verleiht.

Bei starken Bewegungen werden nun aber nicht nur die unmittelbaren Muskeln und Glieder beteiligt, sondern auch andere. Wir machen Hilfsbewegungen — um so mehr, je mehr wir ermüden. Wenn wir zum Beispiel schnell und andauernd laufen, bewegen wir die Arme mit, heben — zur Erleichterung der Atmung — den Brustkorb, strecken den Hals und blähen die Rippenflügel.

Dazu kommt noch, daß die Nervenregung bei stärkerer Bewegung leicht hinüberflutet auf andere Nervengebiete. Das können wir namentlich bei Ungeübten, die sich weniger in der Gewalt haben, beobachten. Sie hampeln und zappeln in der Erregung, die eine größere Entschleunigung und Anstrengung mit sich bringt.

Ungeübte machen leicht auch die gewollte Bewegung zu groß und zu hastig, so daß das bewegte Glied über das Ziel hinaus-schießt und durch andere Bewegungen zurückgeholt werden muß.

Weiter wirkt auch der Affekt mit. Wille, Erwartung, Berechnung, Freude, Schmerz, Zweifel, Verächtlich, Vergern, alle die Töne mit der Bewegung — etwa mit einem Wettlauf — verbunden sein und spiegeln sich in bestimmten Bewegungen, Spannungen und Entspannungen des Körpers und im besonderen des Gesichtes wider.

Schließlich macht sich auch die Ermüdung durch Form- und Ausdrucksveränderungen bemerkbar. Die Muskeln unseres Körpers befinden sich gewöhnlich — selbst in der Ruhe des Wachen — in einer gewissen, sozusagen erwartenden Spannung. Wird der Körper nun stark bewegt, so ergreift die Erschöpfung nicht nur die am meisten bewegten Muskeln, sondern auch andere mehr oder minder, und ihre Erschlaffung gibt dem Körper und Gesicht auch noch einen anderen Ausdruck.

Diese verschiedenen Wirkungen treten in ganz verschiedenem Grade und Wechsel bei starken und erschöpfenden Anstrengungen auf, oft alle zusammen. Sie sind nicht alle natürlich, zum Beispiel nicht die durch mangelnde Übung verursachten, aber im übrigen gebören sie untrennbar zur heftigen Anstrengung. Das sieht auch der Sportgenosse, wenn man ihm das Bild eines galoppierenden Pferdes zur Beurteilung vorlegt. Hier hält er schamendes Maul, geblähte Nüstern, aufgerissene Augenlider, geschwollene Adern für natürlich, selbstverständlich, schön. Warum? Weil er es gewohnt ist und kein Maler ein galoppierendes Pferd mit einem ruhigen Gesicht malt.

Die ungeschickten Bewegungen wirken furchtbar, komisch und dadurch häßlich, die anderen „Verzerrungen“, durch Ueberfluten der Nervenregung, durch Herbeiziehung der Hilfsmuskeln, durch Affekt, durch Ermüdung, die bis zu einem gewissen Grade zur Anstrengung gehören, sind natürlich und wirken in ihrer Art auch schön. Wer selbst an der Stüßung und Beherrschung seines Körpers gearbeitet hat, der kann sich gar nicht denken, daß ein Käufer bei schwerem Wettbewerb mit dem heiter lächelnden Gesicht, das er beim Maße zeigt, oder mit den ruhigen Jähren, die er beim Lesen eines Buches annimmt, durchs Ziel rufen könnte.

Eine andere Frage ist es allerdings, ob diese erschöpfenden Anstrengungen nicht übertrieben sind und als solche unschön, abstoßend. Aber warum sollten wir uns immer nur an leichter, spielender Betätigung erfreuen und nicht im Wohlgefühl unserer Kraft gelegentlich unsere Befriedigung darin suchen, sie bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit auszuweiten?

Das Bestreben, alle Nebenbewegungen bei der Selbstübung zu beherrschen und zu unterdrücken, führt sogar zu Häßlichkeiten. Die Rekrutendrücker und manche Vorturner erzielen damit ja manches Gute, aber auch manches Unschöne: ruckartige, kramptartige Bewegungen, steife Haltung, hölzernen Gesichtsausdruck, und die passen gar nicht zu dem frischen, frohen, freien Geist des Jahnischen Turnens. Nach Schlimmerem erzeugt das Bestreben, auf die Unterdrückung der Anstrengung noch einen Ausdruck der Leichtigkeit, des Vergnügens hinaufzusetzen, wie es vielfach die Zirkusartisten mit ihrem festgelegten Lächeln und ihrem wohlhabendsten Lächeln versuchen. Das hat die Richtige hier wirklich einmal in der Mitte liegt, wird

von den fortschrittlichen Sportkreisen allmählich erkannt. Man hält jetzt mehr auf „guten Stil“, wo man früher dem Grundsiß huldigte, mehr auf die Leistung als auf die Art der Durchführung zu geben.

Natürlich muß es stets und überall unser Streben sein, die Nebenbewegungen — auch die durch Affekte bewirkten — möglichst im Zaum zu halten und die Anstrengung mehr „spielend“ beherrschen zu lernen. Das können wir auch in den meisten Sportarten, selbst im Kampfsport wie Fechten und Bogens (Sportbogen, nicht Preisbogen), und unsere Sportleute haben da noch manches zu lernen. Wir müssen uns aber auch stets vor Augen halten, daß wir bei einem Sport, der die höchste, allseitige Anspannung bis zur Erschöpfung erfordert — wie zum Beispiel Wettlaufen und Ringen — seinen anderen Ausdruck erwarten dürfen, als eben den der höchsten Anspannung und auch der Erschöpfung. Dann werden wir auch Schönes finden, wo wir früher aus Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit nur Häßlichkeit sahen.

Francesco Borromini

Zu seinem 250. Todestage, 2. August.

Erst die neuesten Fortschritte im Verständnis des Wesens und der Entwicklung des Barocks haben auch der Würdigung Borrominis den Weg gebahnt, nachdem dieser Meister lange Zeit die Rolle einer Art von Brückennabe in der Geschichte der Baukunst hat spielen müssen. Heute wird es kaum mehr auf Widerstand stoßen, wenn man den Erbauer der Sapienza-Kirche als einen zwar ausschweifenden, aber zugleich doch wahrhaft originellen, kühnen und bedeutenden Baumeister bezeichnet, dessen Wirklichkeit sich der Kunstgeschichte dauernd eingezeichnet hat. Borromini stammte aus Vignone im Mailändischen und war zuerst Bildhauer. Wie allen Bildhauer-Geniefern des Barocks mecht man auch ihm einen künstlerischen Ursprung an der Ingebundenheit an, mit der er später den Baustoff behandelt hat, gleich als ob er die plastische Masse des Bildhauers wäre. Borromini arbeitete zuerst in der Werkstatt des Bernini, und als er diesen Meister verließ, steckte er sich das Ziel, ihn unter allen Umständen zu übertrumpfen und auszuweichen. In dieser Absicht suchte er nach außerordentlichen Wirkungen, und so steigerte er die für die Baukunst des Barocks so bezeichnende Bewegung der Baumassen bis zum Äußersten. Borromini ist es gewesen, der die starke Verzierung und Jurkalisierung der einzelnen Bauteile, wenn nicht zuerst gewagt, so jedenfalls zuerst grundfänglich, allgemein und im stärksten Maße durchgeführt und der die gebrochene und geschwungene Linie in der Fassadenbildung zum Siege geführt hat. Er hat damit die Baukunst weiter als irgend ein anderer Meister von der Formel der antiken Architektur entfernt und dem eigenwilligen Selbstgefühl des Barocks den höchsten Ausdruck gegeben. Seine bahnbrechende Schöpfung ist die 1664 vollendete Kirche von S. Carlo alle quattro Fontane zu Rom. Welchen Anhang seine Neuerungen gefunden haben, bezeugt der Umstand, in wie weitem Maße der Borromini-Stil alsbald Mode wurde. Er kam der Zeit für die das Malerische, Ueberraschende, Dramatische bewegte auf das willkommenste entgegen; durch Borrominis Schöpfung scheint eine Art Taumel, ein Mäusch zu gehen, der sich bis auf die letzten Bauteile erstreckt. Die Unruhe und Maßlosigkeit dieses Stiles sind oft und gedehnt hervorgehoben worden, und es sind diese Eigenschaften gewesen, denen Borromini seinen schlechten Ruf in der Kunstgeschichte verdankt. Aber schon der ihm nicht weniger als wohlgenannte Jakob Burckhardt erkannte doch, daß Borromini zugleich ein Meister schöner und großartiger Hauptverhältnisse war, und später hat Cornelius Gurlitt mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß an dem erwähnten Kirchenbau die Fülle der Bau- und Schmudmotive den Raum nicht erfüllt, sondern vielmehr über die Kleinheit des Grundrisses überaus glücklich hinwegtäuscht. In der Tat ist in S. Carlo einem engen Bauplätze mit übertragener Genialität eine erstaunliche Lebensfülle abgerungen worden, und auch die Kirche S. Ivo der Sapienza (Unterstadt) zu Rom bezeugt Borrominis Sinn für die räumliche Anordnung und Zusammenfassung. Ein echter Barockmeister, überschwänglich, leidenschaftlich und maßlos, ist Borromini jedenfalls gewesen. Da es ihm schließlich doch nicht gelang, Bernini den Rang abzulassen, so soll er sich aus gekränktem Ehrgeiz deswegen den Tod gegeben haben.

Kleines Theater: „Die Hausdame.“

Lustspiel von Max Kempner-Hochstaedt.

Das beliebte, oft recht lustig variierte Komödienthema männlicher Schwärze, die durch keinen Schaden klug zu machen ist, wird von dem Autor hier in drei langen, bei aller rücksichtslosen Vergeßlichkeit von Logik und Psychologie doch kaum die spärlichsten Lacheffekte erzielenden Aufzügen abgehandelt. Bei einem reich gewordener Erfinder, der nach glücklich erreichter Heiligung befrühdigt seiner Arbeit lebt, meldet sich auf die Annonce, in der er

eine neue Hausdame für seine Junggefellentwirlschaft sucht, die hold-selige Geschiedene selbst zur Uebernahme der Stellung. Vertrauens auf den Jauer ihres hübschen Vardens hält sie's auch jetzt für überflüssig, ihre herrlich-eigenwilligen Launen und ihre flatterhaftigkeit, womit sie einst das Leben ihm zur Hölle machte, im mindesten zu verbergen. Je arroganter und je törichter sie sich benimmt, desto mehr — so kalkuliert sie offenbar — wird der entlaufene Herr der Schöpfung sich wieder nach dem früheren Joche sehnen. Und der alte Gesel tanzt, wie es das Programm verlangt. Die ganze Hausordnung wird, ohne daß er nur zu mucken wagte, von ihr umgestaltet. Einen fummelblonden jugendlich-idiotischen Verehrer schleppt sie mit sich und legt dem Freunde ihres Gatten a. D. mit einer Offenheit ihrer Kofetterien derart zu, daß dieser ihr gleichfalls einen Antrag macht. Sie und der Autor häufen jede überhaupt nur ersinnbare Demütigung auf das Haupt des einst so hrdren Scheinballen, bis der, ganz mirb geworden, nach einem Schwure unbedingten ewigen Geborsams von neuem Einlaß in das verlorene Paradies erhält. Die Breite, zu der die Szenen aufgespannen sind, lieh die Ueber-treibung noch verdriehlicher erscheinen. Der man n Panz belebt die Darstellung des Opfers durch drohliche Jäge eines welt-fremd hilflosen Gelehrtenums. Fanny Wenzeln war eine prägnante Repräsentantin des weiblichen Eroberer-temperaments. Das Publikum applaudierte mit Eifer. at.

Heuschrecken- und Libellenschwärme.

Man schreibt uns: In einigen mitteldeutschen Ortschaften wurden während der ersten heißen Julihälfte in Obst- und Gemüsegärten große Schwärme von Insekten gesehen, die man als Wander-heuschrecken sehr gefährdet hatte. Wie jetzt nachgeprüft werden konnte, waren die angeblichen Heuschrecken nichts anderes als Libellen, die in großen Schwärmen auftraten, sich auf Bäumen und Büschen niederließen und hier die Schädlinge der Pflanzen, Käfer und Kohlweilinge gründlich vertilgten. Sie hatten mithin genügt, während man von ihnen Schaden befürchtet hatte. Die Libellen werden mit ihren bunten Leibern und den farbenreichen Flügeln vielfach mit den Heuschrecken verwechselt. Da sie ebenfalls in großen Scharen auftreten, mit einem eigentümlichen Surren und Zirpen durch die Lüfte laufen, wie die Heuschrecken, ist eine Verwechslung leicht denkbar. Aber während die Libellen mehr nützlich und harmlos als schädlich sind, ist der Heuschrecken der mit Recht vom Landmann und Obstzüchter hoh gefürchtete Räuber. In früheren Jahrhunderten ist unser Vaterland durch Heuschreckenschwärme oft grauam geschädigt worden. Die Heimat der Heuschrecken sind die Steppenländer am Schwarzen Meer und am Kaspiischen Meere. Die unterirdischen Bodenschichten bieten ihnen in bestimmten Jahren zu wenig Nahrung, deshalb zogen sie auf Reisen. So fielen die reisenden Furräuber in Polen und Schesien ein und hinterließen überall kahle Felder, leere Dämme und Sträucher. Rußland, Italien, Frankreich und Schottland haben im achtzehnten Jahrhundert schwer gelitten unter den Heuschreckenschwärmen. In Italien wurden in drei Jahren 2,6 Millionen Mark ausgegeben für ihre Vertilgung. In Rußland konnte in den Landstädten kein Brot gebacken werden, da die Vaddeln von den furchtbaren Plagegeistern überfallen waren. Hungernödie waren die Folge ihrer Heimsuchung. Im achtzehnten Jahrhundert traten sie in Preußen und Brandenburg auf. Gotha und Jena waren gänzlich laub- und halmleer ge-fallen. Sie kamen wie eine schwarze Wolke daher, furrten, so meldet ein Chronist, daß es sich anhörte, als särgen ein Fluß in die Tiefe, und unter ihrer Last brachen Baum-äste zusammen. Gegen ihre Vertreibung wurde mit allen Mitteln gekämpft. Man läutete die Glocken drei Tage lang, schloß mit Kanonen und Pflinten, ließ ganze Wasserläufe auf sie nieder und erreichte, daß sie nach drei Tagen die Stadt verließen. Der verursachte Schaden war so groß, daß keine Krume im nächsten Jahre gebacken werden konnte, und die Stadtböller liefen Klängen prägen, die an die Heuschreckenplage erinnern sollten. Heute haben wir eine Heuschreckenplage, wie sie gegenwärtig Amerika wieder heimgeleitet hat, nicht zu fürchten. Ueberdies würde auch unsere vorgekehrte moderne Technik bald Mittel und Wege finden, um ihrer endgültig Herr zu werden.

Notizen.

— Ein neues Pompeji. In nächster Nähe von Eupatoria, einer Hafenstadt der Halbinsel Krim, wurden die Trümmer einer antiken Stadt entdeckt, die schon seit langen Jahrhunderten im Schöße der Erde begraben lag. Professor Moissejew, Mitglied der archäologischen Kommission, erstallte sogleich nach Petersburg Bericht über diese bedeutsame Entdeckung; der Gelehrte erklärte, bei den Ausgrabungen eines Teiles der Stadt sei man auf kolossale Türme und äußerst solide Mauern gestoßen, die vom architektonischen Standpunkte von allergrößtem Interesse seien.

Mittagsfrüh in Strümpfen verzeihen müssen — nach der Spaziertour hier.

„Ja,“ sagte der Wirt, „es ist besser, wenn ein wenig Schmiere auf dem Hof ist, als wenn der Dunghaufen so mager ist wie auf Ströstrup.“

„Steh, sieh, — hier ist wahrhaftig Beleuchtung!“ rief ein anderer von den Gästen, als man in den Stall gekommen war; das Bestende war geradezu niedergewetzt worden während eines allgemein bekannten Sturmes, der im Februar in der Gegend gewütet hatte, man hatte noch nicht mit der Reparatur begonnen.

„Ja, das ist nun aus Anlaß von Cecilens Hochzeit geschefhen, daß wir das niedergelegt haben, damit unsre Gäste doch hier drinnen sehen können,“ erwiderte Faurholt, — „auch die, die eine Brille tragen.“

„Das ist ganz vortrefflich, Kren Faurholt. Ich brauche nicht mal meine Brille aufzuhaben, um alle Rippen an deinen Rücken zählen zu können, jede einzelne,“ wurde darauf geantwortet.

So ging die Unterhaltung während der ganzen Zeit weiter, so lange die Verunsicherung dauerte. Aber als eine Art Daß zu diesem Diskant wurde gleichzeitig manch vernünftiges und interessantes Gespräch geführt über Handel und Märkte und über den Wert dieses Viehes, — ja, Kren Faurholt verkaufte sogar zwei Stück davon an den Mann von Ströstrup, während man sich da draußen im Stalle aufhielt.

Wühligh erscholl Geschrei drüben aus der Scheune her, wohin die Frauen sich begeben hatten. Ein solches Geschrei und Lärmen herrschte dort, daß die Männer geradezu liefen, um hinzukommen und zu sehen.

„Was ist denn da, was ist denn da?“ sagte Kren Faurholt, der sich etwas mehr Zeit ließ.

Eine Frau rief lachend aus einer Scheunluke heraus: „Da laufen zwei große Zuchtschweine auf der Dreschteme mit ihren Perlen herum!“

Kren Faurholt ging hinein. Ja, es war allerdings so. Und das Aergste war, daß die Schweine in einem mächtigen Stapel gedroschen Roggens wühlten, der drinnen auf der Tenne lag und gereinigt werden sollte.

(Fortf. folgt.)

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Pastor Steffensen wurde vom Hausherrn in das Garten-zimmer geführt, wo den Gästen die erste, vorläufige Bewirtung zuteil wurde; ein Glas Brantwein — oder für die Damen „alter französischer Wein“ oder Met. — Pastor Steffensen war so geistesabwesend, daß er den Proprietär sein Glas mit Brantwein füllen ließ; er mußte es nun nach Brauch und Verkommen auch leeren.

„Ja, ja,“ sagte der Proprietär, „nun danken wir Ihnen auch für Ihre schöne Traured, Pastor Steffensen. Sie haben da eine ausgezeichnete Traured gehalten. Ich glaub auch, Sie haben Jesu Namen achtmal genannt. Das hat ich wirklich gern in einer Rede.“

Steffensen konnte nur sagen: „Hä, hä, hä,“ — obwohl das seiner Stimmung durchaus keinen Ausdruck verlieh.

Drinnen in der anstehenden Stube sah er einen Schimmer von einem Brautscheier und ein Bewegen heller Kleider, — es waren wohl die Brautjungfern.

„Guten Tag, Herr Pastor,“ sagte eine schnarrende Stimme.

„Ich danke Ihnen für — Ihre schönen Worte. Es freut mich, Ihnen die Hand zu drücken!“

„Hä, hä, hä,“ stammelte der Pfarrer, indem er und der Brautigam einen Händedruck tauschten. — Dieser gehörte augenscheinlich nicht zu der alten Familie, — wie sonst viele der eingeheirateten Schwiegerhühne und Schwiegerdöchter. — Sein äußeres Wesen schien ganz Waskerade. Eine Mischung von Broving-Rommis, Offizier und Agrarier.

Gleich nach ihm kam sein Bruder, der Harbesadjunkt Fischer, Proprietär Faurholts juristische Rechts-hand. Älter und wohlbeleibter als der Bruder, der Kleidung nach jedoch noch ganz junger, flotter, dem Gesicht nach vielleicht auch ausschweifender Cavalier. Doch nicht davon empfing man den stärksten Eindruck; etwas anderes lag in seinem Gesicht und Wesen, etwas, das so hervortrat, daß man sich unwillkürlich darüber wunderte, daß er sich damit in Gesellschaft bilden lassen konnte: die völlig nackte Gleichgültigkeit seinen Mitmenschen gegenüber. Es war ein Egoismus, so brutal so frech-offenkundig, daß seine Höflichkeit geradezu peinlich, ja, unerschämte wirkte. — Gelbblaue Augen, so ausdruckslos und so

geblendet gegen Eindrücke wie geweihte Fensterscheiben in einem unbewohnten Hause; dicke, vorspringende, hellgraue Augenbrauen; große, harte Nase; schmale Lippen und großes, lantiges Kinn. — Sein helles, dünnes Haar war an der Stirne gescheitelt, er trug einen farbigen Schlips, und seine Kleider waren gespannt angefüllt von seinem muskulösen, vieredigen Körper.

„Tag, Herr Pastor,“ sagte er. — „Hören Sie, Faurholt, sagen Sie mir doch mal — diese Zwangsversteigerung auf dem Herrehof —, er machte ein Zeichen, und der Proprietär ging zu ihm hin.“

„Was ist, lieber Fischer,“ sagte Faurholt und klopfte den Adjunkten auf die Schulter, indem sie sich beide entfernten.

Daß er das konnte, dachte der Pfarrer. Welcher Ueber-fluch an gesunder Menschenwärme, daß er in der Nähe eines solchen Eisblocks nicht erfror!

Der Pfarrer erhob sich. Er konnte es nicht aushalten, in dieser Stube zu sein. Leutnant Fischer stand drüben in der Tür. Der Schnaps, den er getrunken hatte, verursachte ihm Unbehagen.

Als er in die Wohnstube trat, herrschte großer Andrang der Leute zur Postüre hin. — Es würde noch eine kleine Weile dauern, bis das Mittagessen fertig wäre, hatte Wadam Faurholt ihrem Wanne mitgeteilt; und da wäre es wohl am besten, hatte sie gesagt, wenn die Gäste jetzt hinausgingen und sich das Gut und seinen Bestand an-sähen, um sich nicht in den Stuben zu drängen.

Der Bewillkommungs-schnaps hatte gute Wirkung in den leeren Wägen getan, und man war in froher Mittags-erwartung, so daß es eine muntere Gesellschaft war, die nun in Stall und Scheune zog, um zu inspizieren. Die Mitglieder der „alten Familie“ genoßen ausgedehnte Freiheit zu gegen-sätzlicher Kritik, und es gab auch genug Anlaß, sie anzu-wenden. Fast alle die größeren Höfe, die in den Händen dieser Familie waren, waren in der Umgegend bekannt wegen der Unordnung, die auf ihnen herrschte, aber ganz be-sonders berühmt war die Schweinerel in dem Wirtschaftsgelände auf Stavn.

„Gott sei Lob und Dank,“ rief Paul Binding von Strö-strup drinnen im Schwarme, daß er uns heut ion schönes Wetterchen geliefert hat, — sonst hätten wir doch unsern

